

polizei an, Maßregeln gegen die umherziehenden Agitatoren zu ergreifen, welche durch die Verbreitung falscher Gerüchte von einer bevorstehenden neuen Vertheilung des Grundbesitzes Unruhe im Volke zu stiften suchen. — Der Generalgouverneur von Petersburg hat ein Rundschreiben an den Stadthauptmann von Petersburg sowie an die Gouverneure von Petersburg, Nowgorod, Pleskau, Olonez und Archangelst erlassen, worin denselben aufgegeben wird, die die Druckereien betreffenden Gesehverletzungen zeitweilig von der Competenz der Gerichte auszuschließen und dem Gutachten der Generalgouverneure zu überlassen.

* Wien, 28. Juni abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Philippopol: „Der ostrumelische Directionsrath lehnt es ab, mit den von seiten der Pforte ernannten Civil- und Militärbeamten Dienstverträge abzuschließen, und überläßt die Entscheidung dieser Frage der künftigen Provinzialversammlung. Man will hieraus folgern, daß der Directionsrath die Verwaltung von Ostrumelien auf der Grundlage des Suzeränitätsprinzips zu decentralisiren beabsichtigt.“

* London, 28. Juni. Die Daily News melden aus Alexandria von gestern, daß das Ministerium zurückgetreten und Scherif-Pascha mit der Bildung eines neuen Ministeriums beschäftigt sei. — Der Erciskönig von Indien, Lord Lawrence, ist gestorben.

Leipzig, 30. Juni.

Die fortbauend guten Nachrichten, die über das Befinden Sr. Maj. des Kaisers aus Ems eingehen, wo Se. Maj. seit dem 23. Juni sich befindet, verscheuchen auch die letzte Sorge wegen etwa noch nachträglich eintretender Gesundheitsstörungen des erhabenen Herrn infolge der Erregungen und Anstrengungen bei der Goldenen Hochzeit. Die Cur Sr. Maj. scheint in höchst günstiger Weise zu verlaufen.

In unsern Reichsangelegenheiten hat in der vergangenen Woche die Trübung und Verwirrung aller Verhältnisse einen so hohen Grad erreicht, daß es in der That auch dem ruhigsten und immer möglichst das Beste hoffenden Politiker nachgerade sehr schwer wird, sich von Annahmen des Pessimismus freizuhalten. Statt einer Verständigung des Reichskanzlers mit dem rechten Flügel der National-Liberalen unter Dönnigen, welche vor acht Tagen in Aussicht zu stehen schien, ist eine solche mit dem Centrum eingetreten und hat ihren Ausdruck in einem Beschlusse — allerdings zunächst nur der Tarificommission — gefunden, der, wenn so gemeint, wie er seinem Wortlaute nach verstanden werden muß und von den Ultramontanen offenbar auch verstanden wird, in der That einen bedenklichen Sieg des Particularismus und einen entscheidenden Rückschritt in der Reichspolitik, selbst über die Reichsverfassung hinaus rückwärts, anzeigen würde, dagegen in der Auslegung, welche man conservativer und officiöserseits ihm gibt, eine Zweideutigkeit, ja anscheinend eine versuchte Ueberlistung des Centrums enthält, von der wir uns ebenso wenig Gutes versprechen können.

Dazu kommt nun das mit großer Bestimmtheit auftretende, auch uns von Berlin aus bestätigte Gerücht, daß Finanzminister Hübner sein Entlassungsgesuch eingereicht habe und daß der Rücktritt der Minister Friedenthal und Falk gleichfalls erwartet werde. So geräth alles ins Wanken und Schwanken. Eine conservativ-ultramontane Mehrheit im Reichstage, mit der Bismarck regieren zu wollen scheint, eine Neubildung des preussischen Staatsministeriums unter Ausstoßung gerade der Elemente, an deren Verbleiben darin die letzten Hoffnungen der Liberalen sich knüpfen, eine anscheinend beabsichtigte „Umkehr“ der ganzen in den letzten 12—15 Jahren eingehaltenen Politik sowohl im Reiche als in Preußen, das ist in diesem Augenblicke die Signatur unserer deutschen Zustände: in der That keine trostreiche und erfreuliche! Und selbst der Trost, den man von einer Seite uns gibt, daß eine abermalige Wendung in des Reichskanzlers Intentionen alles wieder umgestalten könne, ist nur ein mißlicher; denn eine solche Politik des Unberechenbaren, ein solcher Mangel an ruhiger Stetigkeit in der Entwicklung der Verhältnisse ist allezeit für einen Staat und zumal für einen Bundesstaat wie das Deutsche Reich etwas höchst Bedenkliches.

Im dießseitigen Oesterreich dauert die Wahlbewegung fort. Die bisherigen Wahlen sind nicht gerade günstig für die Liberalen ausgefallen. In Böhmen hat sich eine Verständigung zwischen den deutschen und den czechischen großen Grundbesitzern vollzogen, in deren Folge die letztern diesmal auch den Reichsrath beschicken werden.

In Frankreich wird augenblicklich die öffentliche Meinung, außer durch die Schwankungen in der bonapartistischen Partei, die sich ein neues Haupt geben möchte, aber nicht recht zu wissen scheint welches, durch die Kammerdebatten über das Ferry'sche Unterrichts-gesetz in Anspruch genommen. Der Minister

Ferry selbst hat seinen Entwurf in längerer eindrucksvoller Rede vertreten. Die Generaldiscussion ist vorgestern geschlossen worden und die Kammer hat mit der imposanten Mehrheit von 366 gegen 150 Stimmen beschlossen, zur Specialdiscussion überzugehen, also jedenfalls das Gesez im Princip nicht zurückzuweisen.

Die ägyptische Frage hat ihren Abschluß vorderhand dadurch gefunden, daß der Sultan, auf Andringen der europäischen Mächte, von seinem Rechte als Oberherr Ägyptens Gebrauch gemacht und den Khedive abgesetzt hat. Dessen Sohn Tewfik-Pascha ist statt seiner zum Vicekönig Ägyptens ernannt worden. Wie sich unter ihm das Verhältnis zu den europäischen Mächten gestalten wird, bleibt abzuwarten.

Im Zusammenhange mit der Absehung Ismail-Pascha's hat der Sultan den europäischen Mächten in einer Note bekannt gegeben, daß er die demselben 1873 über den Vertrag von 1841 hinaus eingeräumten Vorrechte, insbesondere auch wegen Abschließung von Handelsverträgen, für dessen Nachfolger zurückziehe.

Ein eigenthümlicher Conflict mit dem Sultan bezeichnet den Beginn der Regierung des neuen Fürsten von Bulgarien. Der Sultan hat sich geweigert, ihn zu empfangen. Durch russische Vermittelung soll indeß der kleine Etikettenstreit beigelegt worden sein.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 28. Juni. Die Tabaksteuercommission hat die zweite Berathung beendet. In der vorgestrigen Abend-sitzung wurde die Frage des Termins für das Inkrafttreten der Steuer auf inländischen Tabak erledigt. In der ersten Lesung war derselbe auf den 1. April 1881 festgesetzt worden. Dieser Beschlusse sollte indeß nur der Absicht der Commission Ausdruck geben, im Falle der Ablehnung der Nachsteuer den inländischen Tabak mit dem weit über das normale Bedürfnis eingeführten ausländischen Tabak concurrenzfähig zu erhalten. Daß für das laufende Jahr der inländische Tabak der neuen Steuer nicht mehr unterworfen werden könne, darüber war man auch in der vorgestrigen Sitzung einig. Dagegen erregte die vollständige Freilassung auch während des nächsten Jahres erhebliche Bedenken, insofern zu besorgen stand, daß alsdann der inländische Tabaksbau eine unverhältnismäßige und volkswirtschaftlich schädliche Ausdehnung erfahren würde. Andererseits aber bestand ebenso sehr Einverständnis darüber, daß, nachdem die Nachsteuer auch in zweiter Lesung gefallen, der inländische Tabak wenigstens nicht bereits im nächsten Jahre mit der vollen Steuer belegt werden könne. Demgemäß lagen zwei Anträge vor, der eine von den Abg. Stephani und Meier, welcher den inländischen Tabak der Ernte von 1880 der halben Steuer unterwerfen und erst für die Ernte von 1881 den vollen Betrag von 45 M. in Kraft treten lassen wollte, der andere vom Abg. Buhl, nach welchem der 1880 erzeugte Tabak 20 M., der 1881 erzeugte 30 M. und der 1882 erzeugte 45 M. zu tragen hat. Die Commission entschied sich trotz des Widerspruchs der Regierungsvorlage für den Antrag Buhl. Zur Verhandlung standen dann noch die Bestimmungen über etwaige Beibehaltung der Flächensteuer. Nach der Regierungsvorlage sollte für Tabakpflanzungen auf Grundstücken von weniger als 4 Ar statt der Gewichtssteuer die Flächensteuer eintreten. Auf energisches Betreiben der Vertreter des süddeutschen Tabakbaues waren in der ersten Lesung die 4 Ar auf 2 Ar herabgesetzt worden. Die lebhaften Bedenken aber, welche dagegen von seiten des norddeutschen Tabakbaues erhoben wurden, führten in der zweiten Lesung zur Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Der Steuersatz wurde auf 4,50 Pf. vom Quadratmeter festgesetzt. Außerdem wurde die in erster Lesung ausgesommene Bestimmung, wonach Tabakpflanzungen, welche eine Gesamtfläche von weniger als 25 Quadratmeter bebauen, vollständig steuerfrei bleiben sollen, wieder gestrichen. In der That würde sich die in Preußen zur Zeit allerdings bestehende Steuerfreiheit nach Einführung der hohen Steuer nicht mehr rechtfertigen lassen.

In der gestrigen Sitzung veranlaßten noch die Paragraphen über die Vergütung der Abgaben bei Versendung in das Ausland eine längere Debatte. Zu §. 30 wurde beschlossen, daß bei Ausfuhr von Roh-tabak in Mengen von mehr als 25 Kilogramm, resp. Abfuhrung in eine amtliche Niederlage eine Steuer-vergütung beansprucht werden kann, welche beträgt von 100 Kilogramm netto für unfermentirten Roh-tabak 33 M., für fermentirten 40, für entrippte Blätter 47 M. Was die Ausfuhr von Tabakfabrikaten betrifft, so hatte die Regierungsvorlage die Gewährung einer Steuervergütung in das Ermessen der Steuerbehörde gestellt. Die Commission hatte dagegen in erster Lesung beschlossen, daß eine solche Vergütung „beansprucht werden könne“. Dagegen erhob die Regierung nunmehr entschiedenen Widerspruch. Schließlich wurde die Regierungsvorlage in diesem Punkte wiederbergestellt und als Vergütungssätze beschlossen: bei Fabrikaten aus ausländischen Blättern für Schnupf- und

Rautabad 60 M., für Rautabad 81, für Cigarren 94, für Cigaretten 66 M.; bei Fabrikaten aus inländischen Blättern für Schnupf- und Rautabad 32 M., für Rautabad 34, für Cigarren 50, für Cigaretten 35 M. Zu bemerken ist, daß der Zeitpunkt, von welchem ab die neuen Vergütungssätze in Kraft treten, vom Bundesrathe bestimmt wird.

Nach dem somit erreichten Schluß der zweiten Lesung verhandelte die Commission noch über den ihr überwiesenen Antrag der Socialdemokraten, nach welchem der Reichskanzler für den Fall des Zustandekommens der höhern Tabaksteuer aufgefördert werden sollte, dahin zu wirken, daß die Tabakfabrikation in den deutschen Gefängnissen bis spätestens den 31. Dec. d. J. beseitigt werde. Der Abg. Bebel, welcher zur Vertretung des Antrages zugelassen war, begründete denselben mit dem Hinweis darauf, daß die durch eine hohe Tabaksteuer ohnehin schon sehr gefährdete Lage der Cigarrenarbeiter durch die Concurrenz der wohlfeilern Gefangenarbeit noch erheblich erschwert werde. Die Commission konnte sich, ohne den principiellen Standpunkt des Redners in Bezug auf die Gefängnisarbeit zu theilen, den Gründen einer derartigen Besorgniß nicht verschließen und nahm eine Resolution an, durch welche der Reichskanzler aufgefördert wird, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die Tabakfabrikation in den Gefängnissen, bis die Wirkungen der neuen Steuer übersehen werden können, thunlichst beschränkt wird. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses wurde schließlich noch der Wunsch laut, daß der neulich gefaßte Beschlusse betreffs schriftlicher Berichterstattung aufgehoben werde; da indeß von seiten des Centrums und der Fortschrittspartei Widerspruch erhoben ward, so behielt es bei demselben sein Bewenden. Eine Anfrage des Abg. Stephani an die Regierungsvorlage, welche Maßregeln die Reichsregierung, nachdem nunmehr das Zustandekommen des Tabaksteuergesetzes ohne Nachsteuer zu erwarten sei, behufs einer Verhinderung neuer Tabakseinfuhren zu dem niedrigen Zollsaße zu ergreifen gedenke, blieb unbeantwortet.

N.L.C. Berlin, 28. Juni. Die Lage wird heute am besten gekennzeichnet einerseits durch das Verhalten der Centrapartei in den Commissionen, andererseits durch die umherschwirrenden Gerüchte von einer Ministerkrise. In der Tabaksteuercommission widerlegte sich das Centrum dem Vorschlage, durch Verzicht auf die schriftliche Berichterstattung die Plenarberatung des Gesetzes um mindestens eine halbe Woche zu beschleunigen. In der Tarificommission verhinderte das Centrum die Abstimmung über die entscheidenden Finanzjölle. Hr. Windthorst erklärte offen heraus, er habe es mit seinen Beschlüssen nicht so eilig. Er macht auch kein Hehl daraus, daß er die auf Preußen fallenden Mehreinnahmen ungleich reichlicher zu dotiren geneigt sei, sobald Minister Falk und die Aussicht auf das Unterrichts-gesetz beseitigt sein würden. Sollte er vielleicht begründete Hoffnung hegen, daß dies Ereigniß sich in den nächsten Tagen vollziehen könnte? In der That sprach man heute in den parlamentarischen Kreisen ganz ernstlich von dem Rücktritte nicht allein Falk's, sondern auch Friedenthal's und Hübner's. Der letztere war, auffallend genug, in der Tarificommission heute nicht erschienen. Von der heutigen Sitzung der Tarificommission hatte man große Dinge erwartet; sie ging indeß aus wie das Hornberger Schießen. Der größte Theil wurde ausgefüllt mit einer Fortsetzung des ebenso heftigen wie zwecklosen Hin- und Widerredens über die Bedürfnisfrage. Hervorzuheben ist nur, daß der Abg. Windthorst bei dieser Gelegenheit die Erklärung abgab, man könne nicht alles bewilligen, was zur Deckung aller Deficits in den Einzelstaaten vielleicht erforderlich sei. Er sei geneigt, bis zur Höhe der Matricularbeiträge Mehreinnahmen zu bewilligen; ob darüber hinaus, müsse er sich vorbehalten. Nachdem man die Bedürfnisfrage endlich verlassen hatte, wurde der voraussichtliche Betrag, welchen der neue Zolltarif über die bisherigen Einnahmen hinaus abwerfen würde, einer rein akademischen Erörterung unterzogen. Die Berechnungen der hierfür bestellten Referenten gehen so erheblich auseinander, daß allseitig anerkannt werden mußte, wie auf diesem Wege eine feste und unbestreitbare Grundlage überhaupt nicht zu gewinnen sei. Nunmehr sollte endlich mit der Berathung der einzelnen Finanzjölle begonnen werden. Aber siehe da, Hr. Windthorst fand plötzlich, daß man die Aufstellungen der Referenten doch erst ganz genau und ins einzelne prüfen müsse, bevor man zur Abstimmung über die Finanzjölle im Stande sei. Unterstützt von den Conservativen, wünschte er Vertagung der Weiterberathung, wofür er unter anderem auch geltend machte, daß er sich mit seinen Freunden erst noch berathen müsse. Da jedoch von liberaler Seite auf Fortsetzung der Berathung gedrungen wurde, um keine weitere Verzögerung eintreten zu lassen, so wurde der Vertagungsantrag zurückgezogen, wobei Hr. Windthorst erklärte, daß er die Aussetzung beantragen würde, sobald man beim Raffeezoll (neben dem Petroleum der einzig erheblich in die

Wagschale fallende Finanzzölle) angelangt sein würde. In der nun folgenden Einzelberatung wurde die Bierzollerhöhung mit Rücksicht auf das voraussetzliche Nichtzustandekommen des Brausteuergesetzes fast einstimmig abgelehnt. Dagegen wurde der Weinzoll nach der Regierungsvorlage (Wein in Fässern 24 M., in Flaschen 48 M. für 100 Kilogramm) angenommen. Im Laufe der Discussion erklärte der Abg. v. Bennigsen, daß er zwar in der Commissionsberatung so weit für die Finanzzölle stimmen würde, als er sie für sachlich begründet halte, daß er aber, falls der Antrag Frandenstein betreffs der Garantiefrage auch im Plenum zur Annahme gelange, in der dritten Plenarberatung gegen die einzelnen Finanzzölle stimmen werde. Der Abg. Rüdert gab die Erklärung ab, daß ein Theil der National-Liberalen mit Rücksicht auf die in Bezug auf den Tarif sowie auf die constitutionellen Garantien bisher gefaßten Beschlüsse schon jetzt gegen die Finanzzölle zu stimmen sich gezwungen sehe.

Dem Deutschen Montags-Blatt wird, wie es sagt, von unterrichteter Seite über die gegenwärtige politische Situation Folgendes geschrieben: „Der Finanzminister Hobrecht hat seine Entlassung beim Kaiser eingereicht (Aehnliches wird auch uns von unterrichteter Seite mitgeteilt. D. Red.), darüber jedoch, ob dieselbe ihm gewährt worden, war in parlamentarischen Kreisen heute noch nichts bekannt. Sowol der Finanzminister als alle übrigen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums erhielten erst Kenntniss von dem Antrage Frandenstein, nachdem derselbe schon gedruckt vorlag, während die Vertreter der mittelstaatlichen Regierungen von befreundeten Abgeordneten über die Vorgänge hinter den Coulissen trefflich unterrichtet waren. Drei Tage lang lagen die Vorschläge des Centrums und des Abg. v. Bennigsen im Cabinet des Kanzlers; dieser entschloß sich endlich, den Pact mit dem Centrum abzuschließen, als er von Bennigsen nicht erfahren konnte, welche Gefolgschaft dieser innerhalb der national-liberalen Fraction hinter sich habe. Ueber einen so tief einschneidenden Antrag, wie den des Abg. Frandenstein, hielt man es nicht für angemessen das preussische Staatsministerium zu einer Berathung zusammentreten zu lassen. Daraus erklärt sich wol das bereite Schweigen der Minister Hobrecht und Hofmann bei Berathung der Garantiefrage im Schoße der Tarificommission. Daß Hr. Hobrecht die Minister Falk und Friedenthal folgen dürften, gilt in parlamentarischen Kreisen für feststehend; letztere beiden Minister haben in den jüngsten Tagen im Reichstage mehrfache vertrauliche Besprechungen gehabt. Windthorst und Genossen fordern geradezu für das Compromiß als Opfer die Person des Kultusministers Falk.“

Dasselbe Blatt berichtet nach derselben Quelle über den Tarif und den Antrag Frandenstein: „Der Reichskanzler hat den Antrag Frandenstein acceptirt in der Voraussetzung, daß ihm die Schutz- und Finanzzölle mit der Tabaksteuer voll und ganz bewilligt werden. Man versichert, daß der Reichskanzler sich für weitere Stadien der Verhandlungen seine Entschliessungen vorbehalten und das letzte Wort noch nicht gesprochen habe. Es gibt bekanntlich außer der zweiten Lesung noch eine dritte Berathung und das Spatium zwischen dieser ist schon oft zum Abschluß unvermutheter Compromisse benutzt worden. Jetzt will das Centrum laut der Erklärung des Abg. Windthorst von der Bewilligung des Kaffee- und Petroleumzolls wenig wissen, während es in der Tabakfrage, über welche dasselbe heute in der Fraction beräth, getheilte Meinung ist. Nun bilden gerade diese drei Artikel den größten Theil der Einnahmen. Hr. v. Bennigsen, der seine Indignation über das zwischen den Conservativen und Liberalen abgeschlossene Compromiß an jeder Stelle laut äußert, hat die bedeutende Erklärung abgegeben, daß er in dritter Lesung nicht für die Finanzzölle stimmen werde für den Fall der Annahme des Antrags Frandenstein durch das Plenum. Hr. v. Bennigsen hat, wie wir erfahren, hinzugefügt, daß, wenn er auch jetzt für Finanzzölle stimme, er doch dabei den Vorbehalt machen müsse, daß er nicht die Hand dazu bieten könne, solche Positionen, welche die Zustimmung des Centrums nicht finden würden, etwa mit den Conservativen durchzusetzen. Die nunmehrige Majorität solle sich darauf einrichten, sich untereinander auch über alle Consequenzen zu verständigen, und nicht darauf rechnen, daß die National-Liberalen etwaige Ausfälle ergänzen würden.“ Das letztere bezieht sich eben auf den Kaffee- und Petroleumzoll. Nun liegt die Sache so. Hr. v. Bennigsen und dessen Freunde bewilligen, abweichend von den Abg. Rüdert, Laster, Bamberger und Genossen, bei der zweiten Lesung die Finanzzölle, indem sie sich die Prüfung jeder Position im einzelnen vorbehalten. Wird in der zweiten Lesung im Plenum der Antrag Frandenstein angenommen, dann stimmen auch Bennigsen und Genossen in dritter Berathung gegen die Finanzzölle; ob dann auch gegen den ganzen Tarif, steht noch dahin. Hr. v. Bennigsen macht aber seinen oben erwähnten Vorbehalt, weil eine Möglichkeit vorliegt, daß das Centrum bei einigen

Finanzzöllen und der Tabaksteuer noch abschwänkt und dann Hr. v. Bennigsen wieder als Hauptunterhändler neue Verhandlungen mit dem Kanzler auf der Basis seiner ersten Vorschläge würde aufnehmen können. Man hält in parlamentarischen Kreisen eine solch überraschende Wendung der Dinge für nicht ganz unmöglich. In einer an Ueberraschungen so reichen Zeit wie der jetzigen ist eben keine Eventualität ausgeschlossen.“

Die National-Zeitung berichtet unterm 28. Juni: „In der heutigen Sitzung der Tarificommission fehlte der Finanzminister Hobrecht, obgleich die Finanzzölle auf der Tagesordnung standen. Bald verbreitete sich das Gerücht, Hr. Hobrecht habe seine Entlassung Sr. Maj. dem König eingereicht; auch von anderer glaubwürdiger Seite wird die Richtigkeit der Nachricht bestätigt. Man bringt dieses Entlassungsgesuch mit der Situation in Zusammenhang, wie sie das Frandenstein'sche Amendement geschaffen hat. Thatsache ist, daß der Finanzminister Hobrecht und der Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann erst durch die Verhandlung der Tarificommission selbst Kenntniss von dem bereits seit einigen Tagen verhandeltem Compromiß erhielten.“

Die Post hört das Gerücht von Hobrecht's Rücktritt gleichfalls „bestätigen“.

Die Kölnische Zeitung schreibt in einem Artikel „Zur Verständigung über die Garantiefrage“: „Was möchten wir etwa zur Verständigung vorschlagen? Wir können und wollen keinen formulirten Antrag redigiren; aber der versöhnende Grundgedanke scheint uns sehr nahe und ganz auf der Hand zu liegen. Es kann der Nr. 2 im Antrage v. Bennigsen's oder dem in Aussicht gestellten Antrage der Reichspartei, die beide in ihrer ursprünglichen Fassung gar nichts garantiren, leicht eine Fassung gegeben werden, durch welche das Mehrereinkommen der Zoll- und Steuererhöhungen (nach der Bemessung des Antrages v. Frandenstein) zu einem unantastbaren Reichsfonds constituirte wird — unter Verschluß etwa einer vereidigten Verwaltungskommission oder etwa auch der Reichsbank — berart, daß nur durch den jährlichen Reichshaushaltetat über denselben theils zu Reichsausgaben, theils zur Verteilung an die Einzelstaaten, verfügt werden kann. In dieser Einrichtung wäre die constitutionelle Garantie ebenso groß wie in der v. Frandenstein'schen, während zugleich die 1870 begründete Stellung des Reiches vollständig gewahrt bliebe und eine künftige Steuerherabsetzung die angenehme Aufgabe des Reiches wäre, wie dieses ja auch die unangenehme der Steuererhöhungen jetzt auf sich nehmen soll. Wir möchten nicht zweifeln, daß der Fürst-Reichskanzler und jedenfalls die verständigere und angesehene Mehrheit der Deutschen Reichspartei, sowie ein erheblicher Theil, wo nicht die Mehrheit der preussischen Mitglieder der Deutschconservativen, wie desgleichen ein Theil der eigentlichen Fortschrittspartei und jedenfalls die gesammte Gruppe Löwe, sich mit den National-Liberalen, die gewiß festgeschlossen für diese Lösung eintreten müßten, sich vereinigen würden, um einer angemessenen Redaction des vorstehend entwickelten Grundgedankens zur Mehrheit zu verhelfen. Daß es dem Fürsten Bismarck mit seiner vorausgesetzten Zustimmung zu dem v. Frandenstein'schen Antrage je voller Ernst werden könnte, werden wir „bis auf weiteres“ nimmer glauben. Daß jedes Mitglied der national-liberalen Fraction, das den Frandenstein'schen Antrag annähme, unbedingt aus der Fraction ausscheiden und jeden Anspruch auf die Parteibezeichnung „national“ verlieren würde, glauben wir vorstehend unwiderleglich dargethan zu haben. So sehe man denn, was sich noch bessern läßt!“

Der Weser-Zeitung berichtet man aus Berlin vom 27. Juni: „Die in verschiedenen Blättern aufgestellte Muthmaßung, daß die Mehrheit der national-liberalen Partei in der Schlussabstimmung über den Polltarif auch nach Ablehnung der Bennigsen'schen Anträge doch mit Ja votiren werde, wird sich nicht bestätigen. Nach zuverlässigen Informationen hat Hr. v. Bennigsen keineswegs die Absicht, dem soeben abgeschlossenen Compromiß seinerseits sich zu fügen, und er wird dabei sicherlich ein sehr ansehnliches Gefolge von Parteigenossen finden. Für das Zustandekommen des Polltarifs wird es allerdings ziemlich gleichgültig sein, wie groß derjenige Theil der National-Liberalen ist, der ein ablehnendes Votum abgibt. Für die Stellung der Partei selbst aber ist die Frage von großer Wichtigkeit.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bleibt dabei stehen: der gelegentlich der Frage der Finanzzölle von den National-Liberalen gemachte Annäherungsversuch sei von vornherein dadurch aussichtslos gewesen, weil „der dem Antragsteller (Bennigsen) folgende Bruchtheil der Fraction eine Majorität nicht einmal für die Finanzzölle, geschweige denn für die Tarifreform im ganzen zu sichern vermochte“.

Zu dem Frandenstein'schen Antrage bemerkt neuerdings die Germania, das Organ des Cen-

trums: „Das Reich hat nach wie vor das Recht, beliebige indirecte Steuern und Zölle auszuschreiben und für die Reichskasse, also auch für eigene Rechnung, zu erheben. Die Verwendung der Gelder ist nur insoweit gehemmt, als dieselben erst (!) an die Einzelstaaten vertheilt (!) werden, von diesen kann sich aber das Reich einen beliebigen Theil, oder auch das Ganze, oder gar noch mehr auf dem Wege der Matricularbeiträge wieder holen. (!)“

Die Volks-Zeitung schreibt: „In welcher Weise jetzt im Reichstage ein förmlicher Schacher um die Schutzzölle getrieben wird, das geht aus der neuesten berliner Correspondenz des Elsäßer Journals hervor. In der Tarificommission hatte danach der Abg. Windthorst zu Gunsten der Halbseidenzeugwaaren und der Weberei Rheinlands, speciell der von Krefeld, einen Antrag auf Reducirung der Säge für gezwirnte Garne bis zum Belaufe des Zolls für einfache Garne eingebracht. Das Amendement Windthorst wurde mit großer Majorität verworfen, und zwar, wie es in der betreffenden Correspondenz heißt, „vermöge der ausdrücklichen Verpflichtung des Abg. Grad, seinerzeit alsdann auch für die von den Agrariern verlangten Zölle zu stimmen“. Hier wird also ganz ausdrücklich zugestanden, daß zwischen den Baumwollinteressenten und den Agrariern betreffs Erhöhung der Kornzölle der Preis vollständig abgeschlossen ist. Die Correspondenz gewinnt noch an Bedeutung durch die Thatsache, daß der Abg. Grad dem Elsäßer Journal Mittheilungen aus der Tarificommission zugehen läßt.“

Nach den Berechnungen der Tarificommission wird, wie das Frankfurter Journal hört, der Minimalertrag sämtlicher Zollerhöhungen auf nur 70 Mill. M. geschätzt. Davon sollen die Finanzzölle 27,870000 M., die landwirthschaftlichen Zölle 27,960000 und die industriellen Schutzzölle 13,769800 M. ergeben. Das ist wol nicht richtig, da der Tabakzoll allein (selbst nur nach einem mittlern Säge) über 20 Mill. M. betragen würde.

Der Bundesrath hielt am 27. Juni eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann:

Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurden Schreiben des Präsidenten des Reichstages vorgelegt betreffend die Beschlüsse des Reichstages a) zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Zollgrenze in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen fremdlichen Gebiets-theilen; b) zu dem Bericht der Reichs-Schuldencommission vom 8. Mai d. J.; c) zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens; d) zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltetat für 1879/80. Eine Vorlage betreffend Abweichungen vom Normalprofil des lichten Raumes auf der Eisenbahnstrecke Jäbern-Avicourt wurde den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Antrag betreffend das Pensionsverhältnis mehrerer Beamten der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen und über die Befegung einer erledigten Rathsstelle beim Reichsgericht. Ein Antrag vom Königreich Sachsen, Württemberg und Baden betreffend die weitere Verabreichung des Entwurfs eines Gesetzes über das Eisenbahn-Gütertarifwesen in dem bezüglichen Ausschuss wurde angenommen. Ausschussberichte wurden erstattet über: a) die Verzollung von Lacets und von unbedruckten Tuchen und Zeugwaaren; b) den Entwurf eines Gesetzes über die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs; c) die Beschlüsse der Reichstagscommission über den Gesetzentwurf über den Wucher etc.; d) die Beschlüsse der Reichstagscommission zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Conjugialgerichtsbarkeit; e) den Zwang zur Gestattung der Abimpfung; f) die Bestimmungen über die Gehältnisse der Militärcommandos bei der Durchführung von Absperrungsmaßregeln gegen die Rinderpest; g) die Beförderung von Gese, von Phosphor, von Schwefelnatrium und von Pasta auf den Eisenbahnen; h) den Erlaß von Bestimmungen über Verladung und Beförderung von lebenden Thieren auf Eisenbahnen; i) die Abänderung der Bestimmungen über den Erlaß für den Verlust von Thieren bei dem Transport auf Eisenbahnen; k) die Eisenbahn-Frachtbriefformulare; l) eine Petition wegen Einführung frischen Fleisches statt des lebenden Viehs, als Abwehr gegen Einschleppung der Rinderpest; m) Maßregeln gegen die Rinderpest. Die Gegenstände zu a bis m wurden nach den Ausschussanträgen erledigt; n) den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Ausführung der Civilproceß-, Concurs- und Straßproceßordnung. Der Gesetzentwurf wurde in der vom Landesausschusse von Elsaß-Lothringen angenommenen Fassung genehmigt; o) den Abschluß eines Vertrages mit der Schweiz wegen gegenseitiger Anerkennung der Urtheile in Eheerbsachen. Die Einleitung bezüglicher Verhandlungen wurde genehmigt. Zwei an den Bundesrath gerichtete Eingaben, nämlich a) die Eingabe eines Postdirectors betreffend seine Pensionirung; b) eine Eingabe des Geschäftsführenden Ausschusses zur Errichtung eines Nationaldenkmals auf dem Niederwalde betreffend die Aufbringung der Mittel zur Vollendung des Denkmals, wurden den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Eine dem Bundesrathe überhandte Druckschrift: „Elsaß-Lothringisches Baurecht“, wurde zur Bibliothek genommen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung dementirt die Nachricht vom Besuche des russischen Kaisers in Ems folgendermaßen: „Die in die berliner Zeitungen übergegangene, ursprünglich durch ein Telegramm des Pirsch'schen Telegraphen-Bureau gebrachte Nachricht, daß Kaiser Alexander von Rußland demnächst beabsichtige, zum Curgebrauch nach Ems oder zum Besuch nach Jugenheim zu reisen, hat sich auf nähere Informationen als unrichtig herausgestellt. Eine solche Absicht hat niemals vorgelegen und sind alle

darüber verbreiteten Nachrichten lediglich Vermuthungen gewesen."

Der Reichstag hatte bekanntlich am 14. Mai über Petitionen beraten, die auf Abschaffung der Censur in ihrer jetzigen Gestalt gerichtet waren und deren Ueberweisung an die Regierung die Conservativen beantragt hatten. Die Discussion wurde damals abgebrochen und ist bisher nicht wieder aufgenommen worden. Wie jetzt die Berliner Autographirte Correspondenz (das Organ Lasler's) meldet, würden die gedachten Petitionen in der gegenwärtigen Session überhaupt nicht mehr den Reichstag beschäftigen, und zwar auf Wunsch der conservativen Partei selber.

Präsident Simson traf, wie das Fremdenblatt meldet, am 27. Juni in Berlin ein, um sich sofort nach Leipzig zu begeben und da für die Organisation des Reichsgerichts Bestimmungen zu treffen. Dem Vernehmen nach wird Dr. Simson in der Zeit bis zum 1. Oct. wiederholt in Leipzig sein, seine jetzige Stellung aber bis zur Aufhebung des frankfurter Appellhofes beibehalten.

Preußen. Aus Hannover wird der Magdeburgischen Zeitung geschrieben: „Das freudige Ereigniß, das vor kurzem die gesammte deutsche Nation mit großer Einmüthigkeit feierte, die Goldene Hochzeit unferer erhabenen Kaiserpaars, hat bei uns, wo ja leider manches möglich ist, was sonst für undenkbar gilt, ein wenig erquickliches Nachspiel gehabt. Der Vorgang ist kurz folgender. Der Magistrat hatte zu Ehren des Jubelfestes eine Adresse an die Majestäten abgefaßt und das Bürgervorstehercollegium zur Betheiligung daran aufgefordert. Der Worthalter (Vorsitzende) Hr. Behre, bekanntlich eins der Häupter der Welfenpartei, hatte es aber nicht für angemessen gehalten, eine Sitzung des Bürgervorstehercollegiums anzuberäumen und die Adresse demselben zur Discussion und Beschlußfassung zu unterbreiten. In Veranlassung einiger Bürgervorsteher fand nun, nachdem die Angelegenheit mehrfach in gemeinschaftlichen Sitzungen der städtischen Collegien erwähnt war, vorgestern Abend eine öffentliche Sitzung der Bürgervorsteher statt, in der Hr. Behre zunächst das Wort ergriff, um sein Verfahren zu rechtfertigen. Hauptsächlich machte er geltend, daß sich in dem Collegium für die Adresse keine Majorität ergeben würde, und daß er politische Debatten möglichst fern zu halten bemüht sei. Bürgervorsteher Obergerichtsanwalt Benfey widerlegte diese Ansicht; der Magistrat habe mit seiner Aufforderung, sich an der Adresse zu betheiligen, sich nicht an den Worthalter gewendet, sondern an das Bürgervorstehercollegium; durch das Verfahren Behre's sei die Minorität vollständig mundtot gemacht. Geh. Regierungsrath Brühl stellt sich natürlich vollständig auf den Standpunkt seines politischen Freundes Behre. Er sowol als die andern welfischen Bürgervorsteher versichern einmal über das andere, daß sie die Politik nicht in die Discussion hineinziehen, sondern die Gelegenheit nur sachlich behandeln wollen; aber stets sind sie es gerade, die ihren Reden eine durch und durch politische Färbung geben; für sie ist, trotz aller gegenheiligen Versicherungen, der politische Gesichtspunkt der in erster Linie maßgebende, dann erst kommen die städtischen Interessen. Natürlich ließ auch Obergerichtsanwalt Fischer II. sein juristisch-politisches Licht leuchten und sprach in starken Ausdrücken seinen Abscheu gegen einige in der Adresse vorkommende Stellen aus, und machte seinem Widerwillen gegen die gegenwärtigen politisch-religiösen Zustände im Deutschen Reich — Culturkampf und Militarismus. Schließlich wurde auf Antrag Brühl's dem Worthalter Behre der Dank des Collegiums für sein Verfahren in dieser Adressenangelegenheit mit 13 gegen 7 Stimmen ausgesprochen."

Freie Städte. Die Magdeburgische Zeitung schreibt: „In Hamburg ist der lede Versuch orthodoxer Eiferer, die Berufung des Pastors Hanne an die vorstädtische Kirche von Eppendorf zu hintertreiben, weil derselbe dem Protestantenverein angehört, an der Festigkeit des Senats und der Mehrheit der Synode abgeprallt. Die letztere hat am 26. Juni, nachdem der ihr präsidirende Bürgermeister Dr. Petersen den Sachverhalt dargelegt hatte, einen Antrag auf weiteres Eingehen in die Frage abgelehnt, so vorsichtig verhält derselbe auch auftrat. Es ist nicht allein nicht erfolgt, was der Pastor Moddeberg in einer eigenen Schrift verlangte: daß aus diesem Anlaß mit der liberalen Theologie in Hamburg überhaupt ein Ende gemacht werde, sondern der unkluge Sturmlauf gegen eine vom Senat bereits bestätigte Wahl hat noch weitere Folgen zu Ungunsten seiner Unternehmungen nach sich gezogen. Für den conservativen Senior Kehhoff, der Hanne's Wahl ebenfalls zum Vorwande seines übrigens schon länger beabsichtigten Rücktritts nahm, wird voraussichtlich der liberale Hauptpastor Pirche ins Seniorat aufrücken, und aus dem Kirchenrathe ist wegen eines von ihm selbst verschuldeten heftigen Zusammenstoßes mit Bürgermeister Dr. Petersen

der Hauptpastor Galinich geschieden, der liberal hierher kam und allmählich immer conservativer geworden ist. Der ganze Handel hat in Hamburg einige Tage lang die Gemüther lebhaft aufgeregt und sogar an der Börse das Hauptgespräch gebildet; aber sein bleibender Rückstand wird eine neue entschiedene Kräftigung der Partei und Sache sein, welcher man in der Person des vielverehrten Pastors Hanne einen löblichen Schlag zu versetzen gedachte. Vielleicht geht davon, wie vor 10 oder 12 Jahren in Bremen von dem Angriff auf Pastor Schwalb, in der großen Freien Hansestadt ein ganz neues kirchliches Leben aus."

Frankreich.

* Paris, 28. Juni. Beim Beginn der Sitzung der Deputirtenkammer am 24. Juni legt Freminet den Entwurf eines Beschlusses, welcher den Art. 107 der Geschäftsordnung betreffs der Unterbrechung abändert, auf den Tisch des Hauses nieder. Der Antrag besteht darin, im Kammerbericht die Namen der Unterbrecher, einige Fälle ausgenommen, zu unterdrücken. Redner verlangt die Dringlichkeit. Bourgeois (Bonapartist) bemerkt, daß der Entwurf nur ein Blatt aus der drakonischen Gesetzgebung des Rathes der Jezu sei. Deshalb stehe er mit den modernen Ideen in Einklang und verdiene die Dringlichkeit. Die Dringlichkeit wird hierauf ausgesprochen. Die Kammer nimmt sodann die Debatte über den Universitätsunterricht wieder auf. Der erste Redner, der Bonapartist Baron de Madan, bemerkt:

Er erfülle eine peinliche Pflicht, indem er inmitten der Trauer seiner Partei die Tribüne besteige. Das Gesetz über den Universitätsunterricht von 1875 sei von allen liberalen Leuten mit Freuden begrüßt worden. Ein Jahr später habe man die Hand an das Gesetz legen wollen. Der Minister habe damals behauptet, die Unterrichtsfreiheit werde nicht berührt und die Hoffnung auf eine Versöhnung zwischen der Religion und der Republik ausgedrückt. Die Mehrheit habe diese Worte gebilligt und man könne sehen, welchen Weg man seitdem zurückgelegt habe. Heute seien die Masken gefallen, die Freiheit bestehe nur noch im Titel des Gesetzes. Das Gesetz von 1875 habe zu keinen Klagen Anlaß gegeben. Heute bringe man nun ein Gesetz ein, welches die katholischen Universitäten in ihren Interessen und ihrer Würde angreife und die Concurrenz unterdrücke. In seiner Rede von Epinal habe der Unterrichtsminister Ferry nicht verhehlt, daß sein Zweck sei, den Jesuiten die Seele der Jugend zu entreißen. Solche Projecte verletzen das Princip der Freiheit des Familienvaters! Man behaupte, der Staat habe das Herz und den Geist der Jugend zu bilden, und komme so zu dem Schluß, daß die Kinder zuerst dem Staat und dann ihren Familien angehören. Diese Phrase sei von Danton. Der heutige Gesetzentwurf sei nur ein Anfang. Deschanel habe gestern gesagt, er sei eine erste Warnung. Der Weg, den man seit 1876 zurückgelegt, sei schon groß. Der Minister des öffentlichen Unterrichts habe in die Rechte der reformirten Kirche eingegriffen; die Beschimpfungen gegen das Andenken von Veljeun seien nicht bestraft worden, die gebälligen Caricaturen gegen die Geistlichkeit seien mit dem Regierungsstempel versehen, die Brüder von der christlichen Doctrin seien auf alle mögliche Weise verfolgt worden. Man wolle eben die Religion aus der Erziehung verbannen und man solle deshalb heute über die nicht ermächtigtsten Congregationen her und später würden die andern an die Reihe kommen. (Beifall rechts.) Man suche die Zwietracht unter die Geistlichkeit zu säen, indem man einen Unterschied mache zwischen der Welt- und der Klostergeistlichkeit, zwischen der hohen und der niedern Geistlichkeit; unter dem Vorwande, eine nationale Geistlichkeit zu schaffen, treibe man die Katholiken zum Schisma hin, und die Proteste gegen ein solches Auftreten würden als aufrührerische Handlungen dargestellt. Als der Nationalconvent und die pariser Commune die Ausübung des Cultus verboten und die Kreuze verpönt hätten, da habe man auch gesagt, diese Maßregeln seien wegen der öffentlichen Sicherheit ergriffen worden. Den den nicht ermächtigtsten Congregationen gemachten Vorwurf, sie gehöreten dem Papste, könne man auch den ermächtigtsten Congregationen sowie den 80 Mill. Katholiken machen, die man auf diese Weise anlage, als Souverän einen Fremden zu haben. Dieser Vorwurf komme aber von Leuten, die sich bei ihren Wahlen von Garibaldi und Castelar empfehlen ließen. Die Congregationen hätten nicht die socialistischen und internationalen Versammlungen erfunnen. (Stimme links: Und die Versammlungen der schwarzen Internationale!)

Redner verteidigt dann noch den Unterricht der Congregationen und den Syllabus, der an den katholischen Lehren nichts geändert habe, spricht dann von den Petitionen und schließt, indem er bemerkt, daß kein vernünftiger Mann der Regierung gerathen habe, diesen furchtbaren Fehlschub gegen die Freiheit zu unternehmen. Die Rechte beglückwünscht ihn, als er von der Tribüne herabsteigt.

Spuller (Berichterstatter) erhält nun das Wort: Sein Bericht sei vielfach angegriffen worden; derselbe wolle aber einfach, daß der Staat ein Recht auf die Erziehung habe. Der Geist des Berichts lasse sich in einem Worte zusammenfassen: es sei der Geist der Regierung. Im Jahre 1876 habe man einen ersten Versuch gemacht, um dem Staate seine Rechte zurückzugeben; man habe dem Lande Befriedigung verschaffen wollen, das unkluge Concessionen bedauert habe. Man erkläre niemand den Krieg; der Staat verteidige sich bloß. Dies sei der Zweck des Gesetzes, und wenn man 1879 mehr verlange als 1876, so geschehe es, weil der 16. Mai dazwischenliege, der, man wisse sehr gut von wem, organisiert und geleitet wurde. Das Land genieße eine volle Freiheit der Presse und des Vereinsrechts; aber die, welche die Unterrichtsfreiheit verlangten, verstanden unter diesem Namen ein Monopol zu Gunsten gewisser Congregationen. Der Staat habe das Recht, sich gegen solche Ansprüche zu verteidigen. Man wünsche Anhalten zu behalten, in welchen man die Verachtung des Staates

und aller Grundlagen lehre, auf welchen die moderne Gesellschaft beruhe. (Beifall links.) Die angebliche Unterrichtsfreiheit sei nur eine Maske, unter welcher man gegen die Gesellschaft Sturm laufe, wie sie in Frankreich durch die französische Revolution constituirt wurde. Der Staat sei das Organ des Widerstandes gegen die ultramontanen Uebergriffe. Es habe in diesem Lande immer eine Exaltation der Unabhängigkeit dem römischen Ose gegenüber bestanden, und diese Exaltation könne und wolle die Republik nicht zu Grunde gehen lassen. Frankreich sei republikanisch geworden, aber es werde immer Frankreich bleiben. (Beifall links.) Es brauche nicht die Religion zu wechseln, weil es ein weltliches Ideal habe, das über der Religion stehe; aber es sei bemerkenswerth, nach Bossuet und Fort-Royal jetzt Leute zu sehen, die Lobreden halten auf Lourdes und La Salette (die bekannten Wallfahrtsorte) und auf die Tempel, an deren Giebel man die Worte schreiben wolle: „Gallia poenitens et devota.“ Zu solchen Lehren werde Frankreich nie seine Zustimmung geben. (Beifall links.) Zwar sei der ehemalige Gallikanismus todt, aber es gebe einen Gallikanismus, der unsterblich sei, nämlich den, welcher die Herrschaft eines Einzigen über 200 Mill. Veranuntesen zurückweise. (Neuer Beifall links.) Heute, wo die Monarchie nicht mehr sei, gehöre der Republik die Wahrung des Staates an, d. h. die natürliche Beschäftigung aller Bürger. Wenn die weltliche Macht durch die ultramontanen Uebergriffe bedroht sei, so könnten die Vertreter der Demokratie nicht weniger thun als die alten Monarchen. Die französische Revolution sei noch nicht beendet, weil der Ultramontanismus ihr Hindernisse in den Weg lege; der Krieg gegen die Revolution sei erklärt, und die, welche sich von der Revolution loszogen, sagen sich von Frankreich los. (Beifall links.) Der Klerikalismus und der Katholicismus seien zwei grundverschiedene Dinge. Man wolle den Cultus keines Menschen hören, aber man wolle denen die Maske abreißen, welche unter dem Schleier der Religion Politik treiben. Der Klerikalismus sei ein Zustand des Geistes, welcher die Discussion scheue, und vom politischen Standpunkte aus sei er das Band, welches die verblüdeten Monarchisten gegen die Republik zusammenhalte. (Beifall links.) Die Gewissensfreiheit komme dabei gar nicht ins Spiel. Man schließe ja nicht die Schulen. Der Klerikalismus habe 1850 und 1875 zwei Siege errungen, welche mit unruhigen Zeiten zusammenfielen. Dann jenen der Republik feindlich gesinnten Coalitionsregierungen hätten diese Gesetze durchgehen können. Der Verband habe Hr. Thiers im Augenblicke der Verwirrung im Stiche gelassen, aber in den letzten Zeiten seines Lebens sei er der Ansicht gewesen, daß man dem Klerikalismus entgegenzutreten müsse. Seinen Ansichten gemäß müsse man den von der klerikalen Partei bekämpften Gesetzentwurf annehmen, denn dort sei der Feind! (Beifall links.)

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer stand die Fortsetzung der Verhandlungen über das Gesetz für den höhern Unterricht auf der Tagesordnung. Janvier de la Motte (der Sohn, bisher Bonapartist, doch jetzt Republikaner geworden) erhielt das Wort. Er suchte zu beweisen, daß der jetzige Kampf zwischen dem Unterrichtsminister und der streitenden Partei der Katholiken bloß ein Zwischenfall in dem großen Streite sei, der seit einem Jahrhundert zwischen der Revolution und dem alten Regime ausgefochten werde. Redner ging auf die Geschichte des Jesuitenordens ein und sprach sich dabei tabelnd über den Herzog v. Polignac aus. Der Herzog v. Larocheoucauld-Bisaccia unterbrach den Redner mit dem Rufe: „Der Herzog v. Polignac ist mein Großvater; ich fordere den Redner auf, seine Urtheile wohl abzuwägen.“ Der Vicepräsident Brisson: „Polignac gehört der Geschichte an; der Redner kann frei sprechen.“ Janvier de la Motte schließt mit den Worten: „Heute gibt es nur noch zwei Fahnen: die Fahne der Revolution und die Fahne der Contrerevolution!“ Bourgeois (Klerikaler) antwortet ihm. Die Kammer beschließt nach der Rede von Bourgeois mit 386 gegen 150 Stimmen den Uebergang zu der Berathung der Artikel des Gesetzentwurfes über den höhern Unterricht.

Die bonapartistischen Blätter erzählen, eine weiße Taube habe sich während des Trauergottesdienstes für den kaiserlichen Prinzen in der Kirche Saint-Augustin auf die Statue des heiligen Augustin gesetzt. Dr. Paul de Cassagnac baut auf diesen Zufall schon große Hoffnungen im Pays. „Die Legende“, schreibt er, „schafft die Gewalt. Es gibt aber keine bessere Legende als die des Unglücks. Nicht Austerlitz führte das zweite Kaiserreich zurück, Sanct-Helena. Nicht Solferino wird das dritte Kaiserreich zurückführen: nein, Chislehurst, das auf afrikanischer Erde vergossene und aus 18 Wunden, alle in die Brust erhalten, fließende Blut. Die Legende entsteht, bildet sich, bemächtigt sich allmählich des Herbes, abends erzählt sie die Großmutter dem Kinde u. Dies fand zweimal statt; es wird dreimal stattfinden.“

Die Kundgebungen, die man in England zu Gunsten des Prinzen Louis Napoleon machte und noch macht, berührten hier nicht gerade angenehm. Namentlich mißfiel die Rede des Prinzen von Wales, worin derselbe sagt, daß der Prinz Louis als Souverän Großes geleistet haben und ein getreuer Verbündeter Englands geworden sein würde. Da man in London diese Mißstimmung erfahren, so begab sich Lord Lyons vorgestern zum Präsidenten Grévy, um demselben mitzutheilen, daß die Beweise von Sympathie, welche der Kaiserin von seiten der Königin, ihrer Familie und den Ministern zutheil geworden, rein persönlicher Natur seien. Grévy nahm die Erklärungen des englischen Botschafters ziemlich kalt auf.

Der „National“ will wissen, die Regierung habe anlässlich gewisser Demonstrationen einiger Offiziere

bei G
Leon
feierlich
Republ
D
zug
wurde
griffe
Prinze
giltige
wenn
eines
nicht
heute,
kannte
Republ
lösen
sachen
—
Zeitun
stimm
des T
zu G
sch, d
Älteste
daß
Ausfu
ten u
einper
eine
und G
wird
der D
Erklä
gegebe
wird
höchste
über
Act p
da di
partei,
heim
gegen
Magr
neue
gen d
sische
daß e
ist w
Schrei
Grévy
Bezie
Abthei
arrest
gleitun
Republ
Zange
interje
—
der N
Prin
Bonap
Au
erhalte
graphis
leon f
tenber
bonapa
schlich
Anstalt
händig
mit al
die Re
dudene
Um so
wenn a
und de
salle,
naparti
als Be
noch r
fuß an
weuden
Kuffu
nisation
Führer
Da nu
erriellen
nen, d
mit d
naparti
Beize i
zu h
das P
tigen,
seine G
Preisla
Kaiserin
+
meldet
zwei P
jedoch,
hinauf

bei Gelegenheit des Todes des Prinzen Louis Napoleon beschloffen, demnächst alle Offiziere der Armee feierlichst den Eid auf die Verfassung und auf die Republik leisten zu lassen.

Die orleanistischen Blätter haben ihren Fehlspruch für die Monarchie bereits wieder eingestellt. Es wurde ihnen nämlich bedeutet, daß ihre heftigen Angriffe auf die Republik sehr leicht die Verbannung der Prinzen von Orleans zur Folge haben könnten. Endgültige Beschlüsse betreffs des Prinzen Napoleon, der, wenn auch nicht offen, doch im geheimen die Rolle eines Napoleon V. angenommen haben soll, sind noch nicht gefaßt worden. Die République française schreibt heute, daß der Prinz Napoleon, der jetzt das anerkannte Haupt der Imperialisten sei, sich aber für einen Republikaner ausbebe, die bonapartistische Partei auflösen müsse; nur dann könne man ihn als einen einfachen Bürger behandeln.

Aus Paris vom 24. Juni wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Die Berichte aus der Provinz stimmen darin überein, daß die Ansicht, es sei infolge des Todes des Prinzen Louis mit dem Kaiser reiche zu Ende, fast allgemein vorherrscht. Auch bestätigt es sich, daß Prinz Napoleon nicht zu Gunsten seines ältesten Sohnes 'abdankt' will. Er glaubt zwar, daß das Kaiserreich gegenwärtig nicht die geringste Aussicht habe, aber er will sich die Zukunft vorbehalten und seine beiden Söhne sind mit ihm in allem einverstanden. Nach Rouher's Rückkehr wird sofort eine Versammlung der bonapartistischen Deputirten und Senatoren zusammentreten, doch Prinz Napoleon wird derselben nicht anwohnen, sondern den Besuch der Delegirten dieser Versammlung abwarten, um seine Erklärungen kundzutun. Der Prinz hat es indeß aufgegeben, eine schriftliche Proclamation zu erlassen, und wird sich darauf beschränken, seine Besitzergreifung der höchsten Gewalt den bonapartistischen Führern gegenüber mündlich zu verkündigen. Aber auch ein solcher Act privater Art dürfte zu seiner Verbannung führen, da die Regierung fest entschlossen ist, keinen Bonaparte, der die Rolle des Präzidenten offen oder geheim fortspielen will, in Frankreich zu dulden. Auch gegen die Prinzen von Orleans werden ebenfalls Maßregeln ergriffen werden, falls ihre Anhänger die neue Lage zur Wiederaufnahme ihrer Bewegung gegen die Republik benutzen sollten. — Der bonapartistische Deputirte de Lengle widerspricht der Nachricht, daß er zu den Republikanern übergegangen sei. — Es ist unbegründet, daß der Präsident Grévy ein Schreiben an die Kaiserin Eugenie gerichtet habe; Grévy stand mit derselben niemals in der geringsten Beziehung. — Aus Avignon wird gemeldet, eine Abtheilung Pionniere habe einen Monat Kasernenarrest erhalten, weil sie bei der Rückkehr von der Begleitung der Procession mit dem Rufe 'Es lebe die Republik!' auseinandergegangen sei. Der Deputirte Langlois will dieses Vorfalles wegen die Regierung interpelliren.“

Von ihrem pariser Specialcorrespondenten geht der National-Zeitung bezüglich des Verhaltens des Prinzen Napoleon, des neuen Chefs der Familie Bonaparte, nachstehendes Privattelegramm zu:

Auf Grund von Informationen, die ich aus erster Quelle erhalte, kann ich unter Verhütung meiner gestrigen telegraphischen Mittheilungen hinzufügen, daß Prinz Napoleon sich aufs entschiedenste weigert, die Rolle eines Präzidenten zu spielen oder als Oberhaupt der gegenwärtigen bonapartistischen Partei zu fungiren, welche beinahe ausschließlich aus Gegnern seiner Person und seiner politischen Ansichten besteht. Dagegen beansprucht der Prinz die vollständige Aufrechterhaltung seiner Stellung als Familienschef mit allen daraus folgenden Rechten. Der Prinz respectirt die Republik als die bestehende Regierung und wird nicht dulden, daß in seinem Namen gegen dieselbe intrigirt wird. Um so besser, wenn sich die vernünftige Republik befestigt; wenn aber einst der Conflict zwischen dem Ultraradicalismus und der monarchischen Reaction zur Entscheidung gelangen sollte, so hält der Prinz es für möglich, daß dann der Bonapartismus als Vertreter des Princips der Autorität und als Verteidiger der modernen Erziehungskräfte Frankreich noch retten könne. Bis dahin wird der Prinz seinen Einfluß auf die Bonapartisten lediglich im liberalen Sinne verwenden. Dieses Programm des Prinzen bedingt aber die Auflösung der gegenwärtigen bonapartistischen Parteiorganisation und vor allem die Entfernung der meisten jetzigen Führer und Werkzeuge in den Kammern und in der Presse. Da nun damit für die Mehrzahl jener die Frage der materiellen Existenz verknüpft ist, so muß es erklärlich erscheinen, daß dieselben den ziemlich absurden Plan gefaßt haben, mit Hilfe der Kaiserin Eugenie den Prinzen Charles Bonaparte als Präzidenten zu proclamiren, um auf diese Weise die bisherige Organisation und Ausbeutung fortsetzen zu können. Rouher soll sich aber bereits entschieden gegen das Project ausgesprochen haben und überhaupt beabsichtigen, seine Stellung als Leiter der Partei niederzulegen, seine Entlassung als Deputirter zu geben und sich in das Privatleben zurückzuziehen und nur noch Rechtsbeistand der Kaiserin zu bleiben.

Großbritannien.

London, 27. Juni. Aus Zanzibar wird gemeldet, daß der Afrikareisende S. Stanley mit zwei Booten den Fluß Lusigi erforscht hatte. Er kehrte jedoch, nachdem er etwa 40 englische Meilen weit hinausgegangen war, zurück, da der Kohlenvorrath ein

Ende genommen hatte und kein Holz zu erlangen war, weil der Fluß die Ufer überschweemt hatte. Seitdem war Stanley nordwärts gezogen, um Pangani, Mombasa, Rama, Drava und Mubidju zu besuchen, sowie den Fluß Zuba zu erforschen. Von Zanzibar hatte er 64 Mann mitgenommen; ob er aber dorthin zurückkehren wollte, ist ein Geheimniß. Die allgemeine Ansicht war, daß er Handelszwecke im Auge hatte und als Agent einer ausländischen Gesellschaft handelte. Der Sultan hatte ihm Empfehlungen an die Küstengouverneure mitgegeben, kannte aber Stanley's weitere Pläne selbst nicht.

Der Prinz von Wales präsidirte vorgestern einem Diner zum Besten des West-End-Hospitals. In seinem Toast auf „die Armee und Marine“ erwähnte der Prinz den Tod des kaiserlichen Prinzen und bemerkte dabei: „Wäre es der Wille der Vorsehung gewesen, daß er seinem Vater in der Regierung einer großen und benachbarten Nation nachfolgte, so habe ich alle Gründe zu der Annahme, daß er sich als bewundernswürdiger Monarch und wie sein Vater als ein großer und getreuer Allirter Englands erwiesen haben würde.“

Am 27. Juni wurde das Testament des kaiserlichen Prinzen in Gegenwart des Prinzen Murat, des Herzogs v. Mouchy, des Vicomte d'Agado, des Barons Davilliers-Labedoyère, des Herzogs von Bassano und der Herren Franceschini, Piétri, Rouher und der Kaiserin geöffnet. Das Testament enthält bloß Bestimmungen über das persönliche Vermögen des kaiserlichen Prinzen, das er seiner Mutter vermacht, und einige Bemerkungen über die Lage der bonapartistischen Partei; die Erbfolgefrage wird in demselben nicht erörtert.

Einem Telegramm aus Madeira zufolge hat die Abendung der Leiche aus Silvasita verzögert werden müssen, da die Beschaffung eines neuen Sarges vorher erforderlich war. Sie wird deshalb schwerlich vor Ende Juli in England anlangen. Cardinal Manning hat für Montag die Abhaltung eines feierlichen Todtenamtes in der Pro-Kathedrale von Kensington angeordnet.

Dem Globe zufolge hat der Papst dem Cardinal Manning einen langen Brief geschrieben, in welchem er erklärt, der Prinz Jérôme würde niemals die Unterstüßung des Klerus haben.

London, 28. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses antwortete der Kriegsminister Oberst Stanley auf verschiedene bezüglich des Prinzen Napoleon gestellte Anfragen:

Der einzige amtliche Brief, der bezüglich der Angelegenheit vorzuliegen wäre, sei ein von Lord Chelmsford unterm 21. April geschriebener. Er sage darin: „Da der Prince Imperial den Wunsch ausdrückte, mein Hauptquartier im Zululande zu begleiten, habe ich ihn meinem Stabe attachirt.“ Dies zur Berichtigung einer am vorigen Freitag gegebenen Erklärung. Damals habe er nicht gewußt, daß der Prinz dem Stabe attachirt gewesen. Wie er (Stanley) glaube, sei er als überzähliger Adjutant geführt worden und als solcher zu den üblichen Portionen und Rationen berechtigt gewesen. Dieser Brief nebst den von seinem erlauchten Amtsgenossen (dem Herzog von Cambridge) anderwärts (im Oberhaufe) verlesenen, bilde das ganze bezügliche Material, welches ihm bekannt sei. Am 22. Juni sei ein Telegramm an Sir Garnet Wolseley gesandt worden, worin dieser ersucht werde, unverzüglich ausführlichen Bericht über die Angelegenheit zu erstatten, namentlich auch darüber, wie der Angriff gesehe. Er könne die Frage des Mitgelobes für Dungenan, ob der Angriff auf die Abtheilung des Prinzen nahe bei der Stelle erfolgte, wo wenige Tage vorher vier große Dörfer der Eingeborenen niedergebrannt worden, nicht beantworten. Dagegen wolle er mit Erlaubniß des Sprechers und des Hauses einige Auszüge aus Privatbriefen Lord Chelmsford's an Lady Chelmsford, die ihm zur Verfügung gestellt worden seien, verlesen. Am 11. April schreibt Lord Chelmsford aus Durban: „Ich habe den Prince Imperial meinem Stabe zugetheilt. Er ist äußerst erfreut über die Aussicht, etwas vom praktischen Dienst zu sehen. Was ich von ihm gesehen, gefällt mir sehr wohl. Ihn persönlich werde ich wie jeden andern Adjutanten behandeln; er zieht das vor.“ Dann am 14. April: „Der Prinz scheint über meine persönliche Vorstellung erfreut. Er nimmt die Stellung eines Adjutanten gern ein. Ich hoffe, seine Gesundheit wird standhalten, denn es würde eine große Verantwortung (für mich) sein, wenn sie zusammenbräche. Er scheint ein guter und schneidiger Soldat zu sein.“ Weiter von Pietermaritzburg: „Der Prince Imperial begleitete mich. Unglücklicherweise hatte er in Durban am Fieber daniederzulegen, und das Fahren im Wagen und die Sonnenhitze wirkten sehr aufreißend auf ihn. Ich befürchte, er ist nicht von sehr starker Leibesbeschaffenheit, und bezweifle sehr, ob er im Stande sein wird, die langen Ritte auszuhalten, die ihm bevorstehen, wenn er mir überallhin folgt. Indes ist er darauf erpicht und hat sehr viel Muth.“ Und ferner: „Zum ersten mal, seit ich dieses Commando führe, werde ich einen Arzt mitnehmen, damit dieser auf den Prinzen Acht habe. Sein Name ist Dr. Scott.“ Am 26. April: „Dem Prinzen wurde nicht gestattet, mit mir Pietermaritzburg zu verlassen, da er am Fieber gelitten. Indes erwarte ich, daß er sich sehr bald mir anschließen wird.“ Von Dundee am 30. April: „Wir kamen hier gerade zeitig genug an, um dem Gewittersturm zu entgehen. Der Prinz und der Doctor holten uns in Lady-smith ein. Ersterer scheint jetzt wohl zu sein, und da das Klima kühl und angenehm ist, hoffe ich, daß das Leben im Freien, das er führt, ihm wohl bekommen wird.“ Dann „17 Meilen von Utrecht“: „Der Prinz begleitete mich nach Kambela, aber die Sonnenhitze that es ihm an und er hatte einen leichten Fieberanfall.“ Der letzte vom 21. Mai datirte Brief kam erst gestern hier an. Es heißt darin: „Der

Prince Imperial ging vor wenigen Tagen auf Kambacht aus und kam dabei beinahe zu Schaden. Ich werde, wenn möglich, ihn nicht wieder aus den Augen verlieren.“ Lord Chelmsford erwähnt in diesem Briefe nicht, wozu die Kambacht gerichtet und von wem der Prinz begleitet war. Dies sei, so schloß Oberst Stanley, alles, was er dem Hause mittheilen könne.

Hr. Robert Collenjo (wel ein Verwandter des gleichnamigen Bischofs von Natal) schreibt unterm 23. Juni an den Redacteur der Daily News, daß es jetzt, da Feuer und Schwert abermals in das Land und die Heimstätten eines unschuldigen und harmlosen Volkes getragen werden sollen, an der Zeit sei, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Thatfachen zu lenken, welche entschieden in den Vordergrund gestellt werden müßten. Ein glaubwürdiger Correspondent melde ihm aus Natal: „Zu verschiedenen malen, als Boten von Ketschwaho mit einer weißen Fahne eintrafen, um den Frieden zu erbitten, wurden dieselben in Eisen geschlossen, auf andere geschossen. Ihre alten Freunde Infunzi und Uksinane, welche vom Könige abgeschickt waren, um in unterwürfiger Weise um Frieden zu bitten und zugleich die Frage zu stellen, was der König denn eigentlich verbrochen habe, befanden sich seit Wochen im Gefängniß.“ Infunzi und Uksinane sind zwei regelmäßige, wohlbekannte und überaus geachtete Gesandte Ketschwaho's, beide Indunas vom höchsten Range und als solche von der Natalregierung anerkannt.

Belgien.

Dem Schwäbischen Merkur schreibt man aus Brüssel vom 26. Juni: „Der Berliner Correspondent des Brüsseler Journals, des Organs der Partei des früheren Ministerpräsidenten Malou, hat gestern das Ende des Kulturkampfes angekündigt. Das fromme Blatt ertheilt hierüber dem Kaiser Wilhelm, dem Fürsten Bismarck und der Centrumpartei den höchsten Dank. Die Etoile belge meint dazu, daß das Brüsseler Journal sich allzu sehr beeile, Sieg zu rufen; nur so viel sei wahr, daß eine Art Compromiß zwischen dem Centrum und den Conservativen im Reichstage abgeschlossen sei, um die Steuer- und Zollprojecte des Fürsten Bismarck durchgehen zu machen.“

Rußland.

Der Times wird aus Odessa gemeldet: „General Graf Boris Melikow, der provisorische Generalgouverneur von Charkow, soll sich wie folgt geäußert haben: 'Ich bin nicht ernannt worden, um Recht und Leben zu zerstören, was eine leichte Sache sein würde, sondern erblicke im Gegentheil meine Aufgabe darin, das Böse auszurotten, das Kranke zu heilen und die Gesellschaft zu beruhigen, damit sie vollständig gesunde. Man wird meiner Dienste bald nicht mehr bedürfen, allein sie einmal begonnen wird, das soll mit Gottes Hilfe auch gründlich zu Ende geführt werden.“

Türkei.

Der Kölnischen Zeitung berichtet man aus Wien vom 28. Juni: „Dem Fürsten von Bulgarien war die Ablehnung des Sultans, ihn in Stambul zu empfangen, sehr befremdend; derselbe ersuchte telegraphisch, man möge ihm, da er auf eine persönliche Respectbezeugung großen Werth lege, gestatten, bei Sidis-Riool anzulegen und den Berat aus den Händen des Sultans entgegenzunehmen. Turhan hat den Fürsten, die Abreise, bis Antwort anlange, zu verschieben. Die später eingetroffene Antwort gestattete den gewünschten kurzen Aufenthalt des Schiffes bei Sidis-Riool und gewährte eine Audienz.“

Der Politischen Correspondenz berichtet man aus Konstantinopel vom 27. Juni: „Der russische Botschafter Fürst Lobanow hat die an ihn von der Forte gerichtete Note wegen der Verletzungen und Eigenthumsverletzungen, welchen die Mohammedaner in Bulgarien ausgesetzt sind, beantwortet. Fürst Lobanow erklärt in seiner Antwort, daß derlei Vorkommnisse Sache der bulgarischen Localpolizei seien und nicht das russische Gouvernement angehen, da die russischen Behörden die Verwaltung Bulgariens abgegeben haben. Falls er nochmals wegen einer solchen Angelegenheit in Anspruch genommen werden sollte, würde er zu seinem Bedauern nicht mehr in der Lage sein, darauf einzugehen.“

Königreich Sachsen.

Im 10. Landtagswahlkreise (Radebeul ic.) hatte bekanntlich eine Versammlung von Gemeindevorständen den Amtshauptmann Berndt als denjenigen bezeichnet, welcher die Aussicht habe, gewählt zu werden. Nun hat aber neuerdings eine andere Versammlung von Wählern aus verschiedenen Orten des Gerichtsamtbezirks Dresden stattgefunden und diese hat sich dahin geeinigt, den bisherigen Abg. Barth-Radebeul wiederzuwählen.

Leipzig, 29. Juni. In der gestern Abend stattgefundenen Generalversammlung des Kunstgewerbemuseums machte der Vorsitzende, Dr. Gensel, zunächst Mittheilungen über die Thätigkeit im abgeschlossenen Jahre.

Er gedachte dabei des empfindlichen Verlustes, den der Verwaltungsrath durch den Tod des Hrn. Dr. Druggin erlitten, und bemerkte weiter, daß die Mitgliederzahl dem Vorjahre gleichgeblieben sei. Rechner zählte sodann die Gebühre...

* Leipzig, 30. Juni. Das Directorium des Leipziger Kunstvereins hat seinen Bericht über die Jahre 1877 und 1878 ausgegeben. Der Bericht geht zunächst der mit dem Stadtrath getroffenen Uebereinkunft, durch welche die dem Directorium des Vereins in Beziehung auf seine Mitwirkung bei der Verwaltung des Museums bisher herkömmlich zugehenden gewissen Rechte und Verpflichtungen...

* Leipzig, 30. Juni. Aus dem 11. Berichte der hiesigen Kinderheilkunde unter Leitung des Professors Dr. Hennig und des Dr. Langbein erfahren wir, daß dieses fast nur von Privatpersonen unterhaltene Kranken-Anstalt in den letzten 21 Monaten gegen 300 kranke Kinder in Behandlung nahm. Von diesen kamen 74 in die Klinik (28 Knaben, 46 Mädchen), die übrigen wurden in der ältern Poliklinik Dr. Hennig's und Langbein's behandelt. Davon waren aus Leipzig und Umgegend 265, aus dem übrigen Sachsen 16, aus Altenburg 3, aus Preußen 7, aus Anhalt, Hessen und Meckl. je 1 Kind. Es starben von den 294 Patienten 14, also noch nicht 5 Proc. Scheitelt wurden über 84 Proc. Ein Frauenverein neuer zur Erhaltung der Anstalt jährlich 180, das Kultusministerium 150 M. bei, hochherzige Leipziger Private spenden jährlich zwischen 2500 und 3000 M., dazu kamen Legate vom Geh. Commerzienrath Becker (600 M.), vom Stadtrath August Moritz Weidert (3000 M.), von Frau Luise Beckmann (1200 M.) u. s. w.

Handel und Industrie.

Eine für Touristen besonders sich empfehlende Publication ist „Grafer's Rundreisebibliothek“, herausgegeben von Th. Campe (Annaberg, S. Grafer), worin eine Anzahl von Touren, den Rundreisebüchlein entsprechend, vorgezeichnet sind, so durch Thüringen (Saal- und Schwarzatal mit den verschiedensten Absehern nach den schönsten Punkten), durch das Sächsisch-Böhmisches Erzgebirge, die Sächsisch-Böhmisches Schweiz, die Lausitz, die böhmischen Wälder, das Mittelgebirge und zum Theil das Voigtland. Jedes Bändchen ist mit einer Orientirungskarte versehen und enthält alles Wissenswerthe in treffender Form. (Jedes Bändchen cartonnirt 1 M.) Von dem gleichen Bearbeiter Th. Campe liegen noch vor: „26 Partien ins sächsische Erzgebirge“, wodurch der Besuch der malerischen Thäler der Zwidauer Mulde, der Zwönitz, der Klütha und der Zschopau durch bequeme Anlehnung an die Eisenbahnen erleichtert wird. (Cartonnirt 1 M.) Umfassender ist Professor Berlet's „Bergweiser durch das sächsisch-böhmisches Erzgebirge“ mit 25 Haupt- und Specialtours und 44 Routen, die das ganze Gebirge umfassen. (Cartonnirt 2 M.) Beide letztgenannten Schriften sind ebenfalls bei Grafer in Annaberg erschienen.

* Offenbach, 29. Juni. Am 2. Juli wird die Eröffnung der Hessischen Landes-Gewerbeausstellung definitiv stattfinden. Wenn an dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin festgehalten werden kann, so ist das wohl hauptsächlich dem Eifer und der Energie zu danken, womit das Comité sich seiner schwierigen, oft recht unangenehmen Aufgabe unterzogen hat. Der 2. Juli wird sich für Offenbach zu einem festlichen Tage gestalten und darf er den Anspruch erheben, daß er als ein solcher in der Erinnerung fortleben wird. Selten hat man dem Besuche so vieler hoher Gäste entgegenzusehen, wie es augenblicklich der Fall ist. Außer Sr. Königl. Hoh. dem Großherzoge werden der Eröffnungsfeierlichkeit verschiedene Prinzen des allerhöchsten Hauses, eine Anzahl von Standesherrn, die Minister des Landes und die Spitzen der Behörden beizuwohnen. Ueber die Feierlichkeit selbst verläutet Folgendes. Der Beginn ist auf 11 Uhr vormittags festgesetzt; den Festact leitet eine Hymne ein, die von den vereinigten Sängervereinen Offenbachs vorgetragen wird. Hierauf wird Commerzienrath Becker als Vorsitzender des Comité und Leiter des ganzen Unternehmens die Eröffnungsrede halten. Den Schluß der eigentlichen Feier bildet der Vortrag des Mendelssohn'schen Chors „An die Künstler“ mit Orchesterbegleitung, welchen die Sänger und die Ausstellungskapelle vereint ausführen werden. Hierauf wird Sr. Königl. Hoh. der Großherzog mit seiner nähern Umgebung, gefolgt von den Mitgliedern des Comité und den Ehrengästen, einen Rundgang durch

die Ausstellung antreten. Nach vorgenommener Besichtigung wird er mit seinem Cortège die große Halle durch das nordwestliche Portal verlassen. Von 2 Uhr an wird die Ausstellung dem Publikum zugänglich sein. Die Ausstellung wird nach jeder Richtung hin ein interessantes und farbenreiches Bild unserer heimischen Industrie bieten und dürfte die gehegten Erwartungen um vieles übertreffen. Zu wünschen wäre nur, daß die letzten Künstler ihre Arbeit derart fördern möchten, daß das zu erwartende Bild keine Lücken darbietet. Die Unfertigkeit, der man so häufig beim Beginn von Ausstellungen begegnet, findet unserer Ansicht nach in der Verspätung eine nur zweifelhafte Entschuldigung.

* Krippig, 28. Juni. Die heute unter dem Vorsitze des Justizrath's Richter stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Lebensversicherungsgesellschaft zu Leipzig erledigte die auf der Tagesordnung stehenden rein geschäftlichen Gegenstände in schnellster Weise und wählte die nach dem Turnus auszuführenden Mitglieder des Verwaltungsrathes, die Herren Justizrath Richter und Stadtrath Franz Wagner, wieder. In der hierauf stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrathes fand die Reorganisation desselben statt und wurde Justizrath Richter wiederum zum Vorsitzenden und Stadtrath Franz Wagner zum Stellvertreter des Vorsitzenden ernannt.

* Hamburg, 25. Juni. Laut Telegramm sind die hamburger Postdampfschiffe: Leffing, am 11. Juni von Hamburg und am 13. Juni von Havre abgegangen, nach einer Reise von 10 Tagen 23 Stunden am 25. Juni 8 Uhr morgens wohlbehalten in Neuyork angekommen; Silesia, am 18. Juni von Hamburg abgegangen, am 20. Juni morgens in Havre angekommen und von dort am 21. Juni 10 Uhr morgens nach Neuyork weiter in See gegangen. Herber, am 12. Juni von Neuyork abgegangen, ist am 22. Juni 1 1/2 Uhr nachmittags in Plymouth angekommen, Gherbourg selbigen Tage passirt und bereits am 24. Juni abends 7 Uhr in Hamburg eingetroffen. Das Schiff brachte 167 Passagiere, 107 Briefsäcke, volle Ladung und 74800 Doll. Contanten. Cimbria ging am 25. Juni von Hamburg via Havre nach Neuyork ab. Teutonia ging am 21. Juni morgens von Hamburg via Havre nach Westindien, traf am 23. Juni nachmittags in Havre ein und setzte am 24. Juni 2 Uhr nachmittags die Reise nach Sanct-Thomas fort. Barbara, am 18. Juni von Sanct-Thomas nach Hamburg abgegangen, passirte Lizard am 26. Juni morgens. Montevideo, am 13. Juni von Saint-Vincent via Lissabon nach Hamburg abgegangen, traf am 21. Juni in Lissabon ein und setzte dann seine Fahrt nach Hamburg fort. Bahia ist am 18. Juni via Lissabon nach Brasilien abgegangen.

* Bilitin, 28. Juni. Der Curort Sauerbrunn-Bilin in Böhmen erfreut sich in der zweiten Saison seines Bestehens bereits einer recht lebhaften Frequenz, was bei der bewährten Heilkraft des biliner Mineralwassers, der reizenden Lage und der vorzüglichen Einrichtungen der Curanstalt wohl zu erwarten war. Deute beherbergt das Curhaus in Sauerbrunn-Bilin 29 Curgäste und sind weitere Anmeldungen bereits bei der Brunnendirection eingelaufen.

* Bremen, 28. Juni. Petroleum niedriger. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,10, per Juli 7,10, per August 7,15, per September-December 7,45.

* Antwerpen, 28. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 1/2, bez. u. Br., per Juli 17 1/2, Br., per September 18 1/2, Br., per September-December 18 1/2, Br. Ruhig.

* Glasgow, 28. Juni. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 275600 Tons gegen 179300 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Höfen 88 gegen 94 im vorigen Jahre.

* Liverpool, 28. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 4000 Ballen, davon für Speculation und Export 1200 Ballen. Amerikaner stetiger, Surats unverändert. Bibbl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6 1/2, Juli-August-Lieferung 6 1/2 D.

Börsenberichte.

* Berlin, 30. Juni, 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs. Defl. Creditact. 460,—, Defl.-Franz. Staatsb. 485,—, Defl. Südbahn (Rom.) 154,—, Berg.-Märk. 88,50, Rhein.-Waldener 133,—, Sächs. Carl-Ludwigsb. 107,75, Rhein. 123,25, Rumän. 31,25, Disconto-Comm. 149,75, Königs- und Laurahütte 71,—, Defl. Lose v. 1860 121,60, do. Goldrente 68,40, do. Silberrente 59,50, do. Papierrente 58,20, Russ. Anl. v. 1877 88,25, do. Bankn. 200,—, Deutsche B. 120,—, Ung. Goldrente 81,60, Tendenz: schwach.

Aus Wien bekannte Course von 11 Uhr 10 Min. vorm. Defl. Creditact. 262,50, Defl.-Franz. Staatsb. 276,70, Defl. Südbahn (Rom.) 93,60, Sächs. Carl-Ludwigsb. —,—, Defl. Goldrente 77,70, Deutsche Marknoten 56,95, Napoleonsd'or 9,22 1/2, Tendenz: still.

* Berlin, 28. Juni, 1 Uhr 55 Min. Oesterreich.-Franz. Staatsb. 488,—, do. Südbahn (Rom.) 153,—, do. Creditact. 464,50, Disconto-Comm. 150,25, Berg.-Märk. 89,—, Rhein-Waldener 133,75, Rhein. 123,75, Sächs.-Ludwigsb. 108,10, Russ. Anl. v. 1877 88,25, do. Bankn. 200,25.

* Berlin, 28. Juni, 2 Uhr 45 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 99,10, 4 Proc. preuss. consol. Anl. 99,—, 5 Proc. sächs. Rente 76,10, Oester. 1860er Lose 121,90, do. Papierrente 58,20, do. Silberrente 59,70, do. Goldrente 68,60, Ungar. Goldrente 82,10, russ. consol. 5 Proc. Anleihe v. 1877 88,50, do. Prämienanleihe 148,90.

Bankactien. Allg. Deutsche Creditanst. 130,40, Chemn. Bank. 81,50, Darmst. Bf. 129,—, Deutsche Bf. 120,50, Deutsche Reichsb. 155,25, Disconto-Comm. 150,25, Dresd. Bf. 112,50, Sächs. Bf. 86,40, do. Handels- u. Creditbank 40,25, Gothaer Bank 93,—, Leipziger Discontoges. 73,—, Meiningen Creditanst. 81,50, Sächs. Bf. 109,25, Sächs. Bank. 22,—, Thür. Bf. 80,—, Weimar. Bf. 36,50. — Oester. Creditanst. 464,50.

Industrieactien. Selsentkirchen 99,—, Königs- u. Laurahütte 70,80.

Eisenbahnactien. Aussen-Deutscher 161,—, Berlin-Postd.-Magdeb. 92,—, Berlin-Stettin 107,60, Bresl.-Schweidn.-Freib. 77,60, Halle-Soran-Guben 14,10, Magdb.-Galkersf. 140,20, Mainz-Ludwigsh. 74,75, Oberschl. La. A 149,10, Oest. Nordwestb. 218,50, Prag-Turnauer 40,50, Rumänier Stammact. 31,40, do. Stammprior. 89,—, Thür. 131,40, Weimar-Gera Stammprior. 22,50. — Berg.-Märk. 89,—, Berlin-Anh. 93,—, Rhein-Wald. 133,10, Sächs. Carl-Ludw. 107,75, Franzosen 487,50, Lomb. 165,—, Rhein. 123,50.

Wechsel. Amsterdam l. S. 169,35, do. 2 M. 168,65, Belg. Banpl. 10 Tage 80,95, do. 2 Mon. 80,65, London kurz 20,435, do. 3 Mon. 20,37, Paris l. S. 80,90, Petersburg l. S. 198,90, do. 3 M. 197,95, Warschau l. S. 199,10, Wien l. S. 174,90, do. 2 M. 173,95.

* Frankfurt a. M., 28. Juni. Schlusscourse: Londener Wechsel 20,444, Wiener Wechsel 175,—, 3 Proc. Sächsische Rente 76 1/2, Defl. Papierrente 58 1/2, do. Silberrente 59, do. Goldrente 68, Staatsb. 241 1/2, Lomb. 76 1/2, Sächs. 214, Defl. Creditact. 200 1/2, Darmst. Bankact. 128 1/2, Deutsche Reichsbank 155 1/2.

* Hamburg, 28. Juni. Silberrente 59 1/2, Goldrente 68, Creditact. 232 1/2, 1860er Lose 122 1/2, Franz. 610, Lombard 192, Ital. Rente 80 1/2, 1877er Russen 88 1/2, Vereinsbank 121 1/2, Laurahütte 70 1/2, Commerzbank —, Norddeutsche 145 1/2, Intern. Bf. —, Americ. 96 1/2, Rhein-W. 134.

* Wien, 28. Juni. Schlusscourse. Papierrente 66,60, Silberrente 67,80, 1860er Lose 126,—, Nordwestb. 125,70, Bankact. 824,—, Creditact. 263,60, Anglo-Austr.-Bank 123,70, London 116,10, Silberagio 100,—, Ducaten 5,50 1/2, Napoleonsd'or 9,24, Sächs. 245,20, Staatsbahn 277,70, Lomb. 88,—, Goldrente 77,70, Deutsche Reichsbank 56,97.

* Paris, 28. Juni, 3 Uhr nachm. 3 Proc. amortisirt. Rente 85,02 1/2, 3 Proc. Rente 82,95, 1872er Anleihe 116,25 1/2, Ital. 5 Proc. Rente 81,75, Defl. Goldr. 68 1/2, Ung. Goldr. 83 1/2, 1877er Russen 92 1/2, Franz. 611,25, Lomb. 192,50, do. Prior. 268,—, 1865er Türken 12,07 1/2, 1869er 73,—, Türkenlose 48,75.

* London, 28. Juni. Consols 97 1/2, Ital. 5 Proc. Rente 81 1/2, Lomb. 7 1/2, 5 Proc. 1871er Russen 85 1/2, do. 1872er 85 1/2, do. 1873er 85 1/2, Silber —, 1865er Tür. Anleihe 12, 1869er do. —, 5 Proc. Americ. 106, Oester. Silberrente —, Papierrente —.

* Berlin, 28. Juni. Weizen per loco 170—205, per Juni-Juli 184,—, per Herbst 191,25. Roggen: loco 120,—, per Juni 118,50, per Juni-Juli 118,50, per Herbst 125,50, Rüblig.: 1, Tendenz: flau. Spiritus: loco 53,80, per Juni-Juli 52,80, per Juli-Aug. 52,80, per Aug.-Sept. 53,40, Rübligung: —, Tendenz: matter. Rüböl: loco 55,80, per Juni 55,50, per Herbst 55,70, Rübligung: —, Tendenz: flau. Hafer: per Juni 127,—, per Juni-Juli 127,—.

Leipziger Productenbörse vom 30. Juni. Witterung: Bewölkt. Spiritus loco 55 bez.

* Leipzig, 30. Juni. Die heutige Börse schloß sich eng an ihre Vorgängerin an; sowohl in Bezug auf den Umfang des Verkehrs als auch ihrer Tendenz traten bemerkenswerthe Veränderungen nicht zu Tage, ebenso wenig waren die in den Cursen stattgefundenen Schwankungen im allgemeinen von Belang. Man gibt sich der Erwartung hin, daß die durch Abtrennung des Zucoupon's stiftig gewordenen Gelder zum Theil an der Börse Anlage suchen und hierdurch in der nächsten Zeit das Geschäft sich lebhafter gestalten werde.

Heute fanden, gleichwie am Sonnabend, umfangreichere Anschaffungen in feste Zinsen tragenden Papieren statt, von denen Eisenbahnprioritäten, deutsche sowohl als auch österreichische, eine ziemlich hervorragende Rolle spielten.

Größeres Geschäft entwickelte sich in den Staatspapieren, von welchen namentlich 4 Proc. sächsische Anleihen in Posten umgesetzt wurden; für Reichsanleihe und sächsische Renten, ferner für 4 Proc. preussische Consols zeigte sich kräftige Frage. Oesterr. Pfandbriefe belebt, ausländische Fonds ruhig.

Bahnen nicht belebt, zum Theil etwas nachgebend; Bergische gingen zu herabgesetzter Notiz um, ebenso fanden Anhalter nur zu billigerem Course Nehmer; dasselbe gilt von Rheinischen und Rhein-Waldenern; Buschtiehrader A und B schwach behauptet, Chemnitz-Würschneider recht fest; Rumänier blieben verlanget.

Von den Stammprioritäten waren Kohlsurt zu besserer Notiz zu lassen; Kottbus offerirt.

Bankactien wenig verändert; in Betracht kamen hauptsächlich Leipziger Credit zu erhöhter Notiz; Weimarer-Bank besser, Meiningen kamen mehrfach in Umsatz.

Industrieactien still; Chemnitzer Spinnerei gesucht und auch gehandelt, Nationalbierbrauereiactien anziehend, Teutonia zu um 50 M. gesteigertem Course verlangt. Prioritäten belebt.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Paris, 29. Juni. Rouher ist gestern hierher zurückgekehrt. Morgen soll hier eine Versammlung der bonapartistischen Deputirten und Senatoren stattfinden.

* Kopenhagen, 29. Juni. Die Gemahlin des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland ist heute Mittag mit ihren Kindern hier eingetroffen. Nach der Begrüßung der königlichen Familie begab sich die Großfürstin sofort nach der Sommerresidenz Bernstorff.

* Kairo, 29. Juni. Gaudard-Bei ist zum Chef des Cabinets des Khedive ernannt worden.

* London, 29. Juni. Wie dem Reuter'schen Bureau aus Kairo von heute gemeldet wird, beabsichtigt der Khedive sich morgen Vormittag nach Smyrna zu begeben.

* Washington, 29. Juni. Die Einkünfte aus dem directen Steuern der Unionsstaaten in dem mit dem 30. Juni ablaufenden Finanzjahre übersteigen 113 Mill. Doll. — Der Senat hat eine Bill angenommen, durch welche die Befolgung der anlässlich der Wahlen deputirten Marschälle verboten wird. — Das Repräsentantenhaus hat einen Vertrag mit Mexico behufs Verhinderung von Grenzunruhen genehmigt. — Die constitutionelle Convention von Louisiana hat eine Resolution angenommen, durch welche die Beamten angewiesen werden, die Zulinsen der Staatsschuld nicht eher zu bezahlen, als bis die Convention die Zahlung angeordnet habe.

Amsterdam l. S. 169,35, do. 2 M. 168,65, Belg. Banpl. 10 Tage 80,95, do. 2 Mon. 80,65, London kurz 20,435, do. 3 Mon. 20,37, Paris l. S. 80,90, Petersburg l. S. 198,90, do. 3 M. 197,95, Warschau l. S. 199,10, Wien l. S. 174,90, do. 2 M. 173,95.

Leipziger Börse.

30. Juni.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Warsaw.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche Anleihe and various municipal bonds.

Table of Berlin-Görlitzer and other regional securities and bonds.

Eisenbahn-St.-Pr.-Action.

Table of railway stocks and shares, including Altona-Zeitz and Chemnitz-Adorf.

Bank-u. Credit-Action.

Table of bank and credit institution stocks, including Dresdner Bank and Leipziger Bank.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table of industrial stocks and priority shares, including Chemnitz-Spinnerei and Holzstoff-Papier.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds and securities, including Oesterr. Goldrente and various international funds.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of domestic railway priority bonds, including Altona-Zeitz and Berlin-Anhalt.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway priority bonds, including Ansb.-Teplitzer and Kaiser-Ferdinand-Nordbahn.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal stocks and priority shares, including Friedensgrube and Marienrube.

Table of bank discount rates for various locations and currencies.

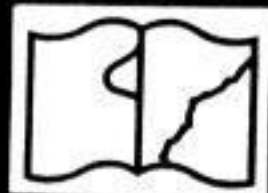
Table of bank notes and exchange rates for various banks and locations.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 1. Juli. Neu einstudiert: Ein Kind des Glücks. Original-Charakter-Lustspiel in 5 Acten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Altes Theater. Dienstag, 1. Juli. Madame Favart. Komische Oper in 3 Acten von Chivot und Duru. Musik von Jacques Offenbach.



Für Brustkranke bin ich jeden Sonnabend von 3-5 Uhr im braunen Hof zu Leipzig zu sprechen. Heilung durch **Stidkoffgas** oft in 8 Tagen. — Die anderen Kuren leisten nichts und sind überflüssig. (H. 2575B)
Neu-Ragoczi. [1307-14] **Dr. Steinbrück.**

Eröffnet **Kurort Weissenstein** Eröffnet
15. Mai. bei Solothurn. 15. Mai.
 1300 Meter über Meer. Prachtvolle Aussicht auf die ganze Alpenette, **Santis bis Montblanc.** Unbeschwerliche nähere und weitere Spaziergänge und Waldpartien, **Comfortable Einrichtung, Hausarzt zur Verfügung, Kuh- und Ziegenmilch.** — Damen- und Lese-Salon, Billard, Telegraph, tägliche Verbindung mit der Post und Eisenbahn. — Im Mai, Juni, September ermäßigte Pensionpreise.
 Wagen nach dem Weissenstein im Gasthofe zur Krone und am Bahnhof. [1148-50] **J. Gschwind.**

Mezer Zeitung.

Beim Quartalwechsel beehren wir uns, zum Abonnement auf unsere Zeitung ergebenst einzuladen. Unsere auswärtigen Abonnenten ersuchen wir, ihre Bestellungen auf das dritte Quartal recht bald erneuern zu wollen, da die Postämter ohne ausdrückliche vorherige Befehlung die Fortsetzung nicht expedieren und jede verspätete Erneuerung des Abonnements auch ein verspätetes Eintreffen der ersten Nummern des neuen Quartals zur Folge hat. [1348-49]

Hamburger Handelsblatt,

26. Jahrgang
 mit dem Allgemeinen Hamburger Waaren-Preis-Courant.

Billigstes Organ ausschliesslich für den Handel, erscheint wöchentlich zweimal. Inhalt: Ausführliche Cours- und Preistabellen über sämtliche Fonds, Geld und Wechsel, Waaren aller Art, sowie eingehende Marktberichte über die Tendenz und den Verkehr in denselben, nebst statistischen Notizen, sowohl aus Hamburg, als auch von auswärtigen Handelsplätzen. Ein- und Ausfuhrlisten von Hamburg, Bremen, Lübeck, Schiffslisten, Zahlungs-Einstellungen, Auktionen, Seeversicherungen und alle den Handel und Verkehr interessirenden Neuigkeiten.
 Als **Gratisbeilage** wöchentlich eine Verloosungs- und Restantenliste über sämtliche europäische Staatspapiere, Eisenbahn-Effekten, Rentenbriefe, Lotterie-Anleihen etc.
 Abonnement bei den Postanstalten für Deutschland und Oesterreich **M. 4,65 pro Quartal.** Im Postbuche registriert unter No. 1744. Probenummern gratis. **Inserate** finden weiteste Verbreitung. [1250-51]

Zwanzigster Jahrgang.
DEUTSCHE VERSICHERUNGS-ZEITUNG.

Chefredacteur: **Dr. A. F. ELSNER.**
 Berlin N.W., Friedrichstrasse 103.

Die über Europa und Amerika verbreitete älteste deutsche Assecuranz-Zeitung, welche wöchentlich zweimal erscheint, ist anerkanntermassen ein vollständiges, durchaus unabhängiges, alle Zweige berücksichtigendes Assecuranzblatt, dem realen Assecuranzwesen ein Freund, dem Schwindelwesen ein unerbittlicher Feind.
 Man kann mit Hilfe der Zeitung und den anerkannten Werken des Herausgebers, nämlich dem „Archiv für das Versicherungswesen“ und den erschienenen XII Jahrgängen des „Repertorischen Assecuranz-Almanachs“ nicht nur über alles Wissenswerthe Belehrung schöpfen, sondern es bieten auch diese Materialien, an deren Spitze die „Deutsche Versicherungs-Zeitung“ steht, die Gelegenheit zu einem eingehenden Studium des Versicherungswesens.
 Der vierteljährliche Abonnementpreis beträgt innerhalb des deutsch-österreichischen Postverbandes **10 Reichsmark**, ausserhalb desselben **11 Reichsmark.** Insertionen werden mit 50 Pfennigen pro 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Die ganze Seite kostet **150 Reichsmark.**
Praktische Winke für Versicherer, Versicherte und solche, die es werden wollen, betitelt sich die neueste Information, welche auch allen Versicherten der Lebensversicherungs-Gesellschaften: Germania in Stettin, Victoria in Berlin, Providentia in Frankfurt a/M., Nordstern in Berlin, und noch 8 anderer Lebensversicherungs-Gesellschaften, und denjenigen, die es werden wollen, willkommen sein dürfte. Preis pro Exemplar 1 Mark 10 Pf., Buchhändler erhalten den üblichen Rabatt.
Verlag von „Elsner's Assecuranz-Bibliothek.“
 Berlin N.W., Friedrichstrasse 103. [1303-2]

Hamburger Fremden-Blatt

(51ster Jahrgang)

erscheint allabendlich mit dem Neuesten des Tages auf allen Gebieten und gelangt noch mit den Abendposten zur Versendung.
 Das „Fremden-Blatt“ bringt außer politischen Telegrammen eine in entschieden liberalen Sinne gehaltene Politik, Reichstags- und Landtags-Original-Correspondenzen, Concert- und Theater-Notizen, Roman, unterhaltendes Feuilleton, Volkswirtschaftliches, die neuesten local Nachrichten aus Hamburg und Altona, ferner die authentischen Handels- und Börsen-Nachrichten, Cours-Notierungen etc. aus Hamburg vom selben Tage, Handels-Telegramme von auswärts, eine vollständige Liste aller inländischen und ausländischen Geschäftsbetriebe, Geschäftsberichte, Fremdenlisten, Theaterzettel u. s. w.
 Das allwöchentlich erscheinende Jahrgangsbüchlein „Fortuna“ erhaltet die Abonnenten des „Fremden-Blattes“ gratis.
 Allen auswärts lebenden Hamburgern, ferner den mit Hamburg in Geschäfts-Verbindung stehenden Deutschen und Ausländern, sowie auch den Inhabern von Hôtels und größeren Restaurations-Etablissements, Caffés u. s. w. aller Länder sei das in Hamburg beliebte und stark verbreitete „Hamburger Fremden-Blatt“ zum Abonnement bestens empfohlen.
 Abonnements-Preis incl. Postanschlag pr. Quartal **M. 5. —**
 Anzeigen, pr. Zeile 35 S., finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.
 Probe-Exemplare auf Verlangen franco. [1245-46]

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Niebermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brodhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brodhaus in Leipzig.

MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

Wir machen hierdurch bekannt, dass wir in unserem Detail-Geschäft **Shirtings, Chiffons und Hemdentuch (Dowlas)**

in ganzen Stücken von circa 60 Metern und halben Stücken von circa 30 Metern zum Verkauf bringen. Einzelne Meter werden nicht abgegeben. Wir haben uns entschlossen, diese für den Hausbedarf unentbehrlichen Artikel in **bester Qualität zu den billigsten Preisen** direct aus erster Hand an das Publicum zu verkaufen. Wir sehen streng darauf, dass die Stoffe aus den dem Preis und dem Zweck entsprechenden besten Qualitäten Baumwolle gewebt werden und dass die Waare in den Bleichen nicht mit scharfen ätzenden Substanzen behandelt wird, so dass sie sich positiv gut und dauerhaft erweisen muss. Shirtings von 26 Pfennige per Meter an, Chiffons von 38 Pfennige per Meter an, Hemdentuch von 37 Pfennige per Meter an.

Da es Thatsache ist, dass man diese Artikel in ihrer Qualität nur dann beurtheilen kann, wenn man sie **gewaschen** hat, weil jetzt das vollendete deutsche Appreturverfahren selbst geringe Qualitäten für das Auge schön ausstattet, so werden wir den Damen, welche sich für unsere Artikel interessiren sollten, nicht allein die Waare im appretirten Zustande, sondern auch **ausgewaschene Proben** vorlegen lassen, wodurch die vorzügliche Qualität sämtlicher Nummern sofort klar bewiesen wird.

Verkauf nur per Cassa und ohne jedweden Abzug.

MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

Der Staats-Socialist.

Organ des Central-Vereins für Socialreform.

Preis 2 Mark pro Quartal

und nimmt jede Post und Buchhandlung Abonnements entgegen.

Der Staats-Socialist vertritt die Anschauung, daß die sociale Frage existirt, daß sie aber nur gelöst werden kann durch den starken, monarchischen Staat im Bunde mit den religiösen und sittlichen Faktoren des Volkslebens. Deshalb giebt er die Lösung an:

Sociales Königthum und Wiedergeburt des Christenthums!

Das Blatt führt den Beweis, daß nur durch allgemeine Entfaltung dieser zwei Banner die drohende Socialrevolution vermeidbar ist.
 Zum Abonnement werden namentlich alle Geistlichen, Lehrer, Staats- und Communalbeamte als die berufenen Vorkämpfer der Gegenrevolution eingeladen.
 Berlin.

[1327]

Die Expedition des „Staats-Socialist.“
 C. Golombek.

Carola-Theater

unter Direction von Julius Hofmann.
 Dienstag, 1. Juli. Vorstellung im Abonnement. **Così fan tutte.** (So machen Sie es Alle.) Komische Oper in 3 Aufzügen von Mozart. Neue Bearbeitung von Edward Devrient.
 Mittwoch, 2. Juli. Vorstellung im Abonnement. Zum letzten male: **Amira.** Singspiel in 3 Handlungen von Händel, für die historische Opernabende in 3 Aufzügen bearbeitet von J. R. Fuchs. Hierauf: **Der Schauspieler.** Komische Operette in 1 Aufzuge bearbeitet von L. Schneider. Musik von Mozart.
Schluss der Opern-Vorstellungen am 6. Juli 1879.
 Tagesbilletverkauf Vormittags von 10 bis 1 Uhr, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, Nicolaistr. 1 Parterre.
 Abends 6 Uhr im Carola-Theater.

Neues Theater. Besichtig. d. innern Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector. **Del Vecchio's Kunstausstellung** (Kaufhalle 9-5 Uhr).

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Kaufmann Peter Felix in Leipzig mit Fräulein Charlotte Koel in Dresden. — Hr. Richard Richter in Leipzig mit Fräulein Emilie Pinter. — Hr. Pester E. Nathanson in Leipzig mit Fräulein Adèle Burghardt. — Hr. Paul Otto in Werdisch-Luppa mit Fräulein Johanna Gash in Döhlen. — Hr. Kaufmann Emil Scholze in Wauzen mit Fräulein Iba Anzorge. — Hr. Kaufmann Hermann Schulze in Leipzig mit Fräulein Hilma Geißler.
Getraut: Dr. Baptist Dörswald in Leipzig mit Fräulein Anna Caspar. — Hr. Pastor Dr. phil. Johannes Hoffmann in Puhlau mit Fräulein Elisabeth Kling aus Dresden. — Hr. Oskar Richter in Wauzen mit Fräulein Clara Terentias. — Hr. Postkapitän Gustav Albin Schaller in Leipzig mit Fräulein Emilie Anna Dettel aus Köditz. — Hr. August Schumann in Dresden mit Fräulein Lina Kohnsdorf. — Hr. Lehrer Karl Schlege in Freiberg mit Fräulein Bertha Wiesner. — Hr. Ernst Steger in Leipzig mit Fräulein Olivia Wittig. — Hr. Max Wiggenborf in Dresden mit Fräulein Anna Röver aus Riesa.
Geboren: Hr. Emil Diege in Wähle Saara ein Sohn. — Hr. Franz Leo im Ramen ein Sohn. — Hr. Ludwig Mänzel in Auerbach i. S. eine Tochter. — Hr. Heinrich Rau in Leipzig eine Tochter. — Hr. Buchbinder Edwin Schlotzemp in Leipzig zwei Söhne. — Hr. Postsecretär R. Jöllner in Reudnitz bei Leipzig eine Tochter.
Gestorben: Hr. Richard Diegel in Dessau. — Hr. Paul Alexander Slier, aus Klingenthal i. S. in Bad Kreuznach. — Hr. Pastor emer. E. Keller in Rössen. — Frau Charlotte verw. Gartenstein in Wauzen. — Frau Emilie Hilbrand, geb. Lips, in Leipzig. — Hr. Wilhelm Liebig in Reudnitz. — Frau Agnes verw. Rißner in Leipzig. — Frau Emilie Koch, geb. Pfeiler, in Leipzig. — Frau Emilie verw. v. Scheibner, in Pöden. — Hr. Universitätsbibliotheksbeamter Heinrich Seidel in Leipzig. — Frau Johanne verw. W e i g e l in Richtenhein.

Leipziger Tagestkalender vom 1. Juli.

Bibliotheken:
 Universitäts-Bibliothek 3-5 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 2-5 Uhr.
 Volksbibliothek I. (A. Birgerstr.) 7-9 Uhr.
 Volksbibli. III. (altes Nicolaishulz.) 7-9 Uhr.
 Städtisches Museum (Entrée 50 S.) 10-3 Uhr.
 Museum für Völkerverkunde, Grimm, Steinweg Nr. 46. Sonntags, Dienstags und Donnerstags 11-1 Uhr.
Telegraphenanstalten:
 1. Kaiserl. Telegraphenamnt (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.
 2. Telegraphenweigannt auf d. Börse, Postmarkt (geöffnet v. 11 U. B. - 3/4 U. Nchm.)
 3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.
 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dreßdener Bahnh.
 5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Baireithener Bahnh.
 6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Nählgasse.
 7. Kaiserl. Postamt Nr. 5, in der Weststraße.
 8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Rausf. Steinw.
 9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Eilenb. Bahnh.
 (Die unter 3-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesdienst.)
Aquarium, Schützenhaus, geöffnet v. Fr. 8-11 Uhr. Entrée am Tage 1 Mk. Abends für Concertbesucher 50 Pf.